

# Schweizer Demokrat


Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 44. Jahrgang

AZB 3806 Bönigen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 1 2009

**Démocrate**  **Suisse**  
Pages 13–15

## Zum Nachteil der Einheimischen!



Christoph Spiess,  
e. Gemeinderat,  
Zürich

Würden Sie bei voller Fahrt das Steuer Ihres Fahrzeugs loslassen und darauf vertrauen, dass der Wagen schon selbst den richtigen Weg findet? Wahrscheinlich nicht! Genau das tun aber die Politiker in Bern mit der Zulassung der EU-Personenfreizügigkeit. Damit gibt die Schweiz jede Möglichkeit aus der Hand, die Masseneinwanderung einzudämmen. **Die Unternehmer können mit der Personenfreizügigkeit so viele Ausländer ins Land holen wie sie wollen! Und auf der Arbeitnehmerseite kann einwandern, wer einen Arbeitsplatz in Aussicht hat oder**

POSTCODE 1

AZB 3806 Bönigen

**sich als Selbstständigerwerbender ausgibt (z.B. Einmann-Reinigungsinstitut, Transportdienste usw.).** Das ständige Überangebot an Arbeitskräften führt gemäss dem einfachen Gesetz von Angebot und Nachfrage zwangsläufig zu

### Lohndumping!

Dagegen lässt sich mit «flankierenden Massnahmen» und sporadischen Baustellenkontrollen nicht viel ausrichten, zumal in den meis-

ten Branchen um die Löhne eine grosse Geheimnistuerei gemacht wird. Im Dienstleistungsbereich gibt es übrigens keine «flankierenden Massnahmen». Nun versucht die Managerkaste, die gerade den Finanzplatz Schweiz teilweise ruiniert hat, uns Stimmberechtigten die Personenfreizügigkeit schmackhaft zu machen: Damit seien «Arbeitsplätze geschaffen» worden. Das mag ja sein, aber was nützen uns Schweizern zusätzliche Arbeitsplätze, die sofort mit Neueinwanderern besetzt werden, – während unsere über 100 000 Arbeitslosen das Nachsehen haben? Von den EU-Verträgen profitieren primär Grossunternehmer und Investoren. Diese fahren nun bei der Abstimmung die ganze Artillerie der Kassenschränke auf und betreiben mit Millionen Franken, die sie an unseren Löhnen sparen, eine

### gigantische Angstmacher-Kampagne

Sie versuchen uns einzureden, dass die EU nach einem Abstimmungs-Nein zur Personenfreizügigkeit alle Bilateralen Verträge kündigen – und folgedessen die Schweiz zusammenbrechen würde. Unsinn bleibt Unsinn, auch wenn man ihn tausendfach wiederholt. Natürlich schätzen es die EU-Länder, wenn die Schweiz naiv genug ist, ihnen die Arbeitslosen abzunehmen, statt den eigenen Landsleuten wieder Arbeit zu geben. Sie werden sich aber hüten, Verträge zu kündigen, von denen sie selber am meisten profitieren. Zu sehr ist die EU z.B. darauf angewiesen, ihren Transitverkehr durch die Schweizer Alpen abwickeln zu können. Und wenn sie die Verträge doch kündigen sollte? Dann geschieht gar nichts Schlimmes, sondern ist alles wieder so wie vor dem Abschluss dieser Verträge. Überlegen Sie sich ganz einfach: **Leben Sie heute besser als im Jahre 2000, als es die «Bilateralen» noch nicht gab?** Natürlich



nicht – für viele Schweizerinnen und Schweizer trifft sogar das Gegenteil zu. Sie profitieren vom Konjunkturboom der letzten Jahre nicht, weil die Unternehmen wegen der Personenfreizügigkeit Zehntausende von Deutschen zu tieferen Löhnen anstellen und damit auch unsere Löhne tief halten konnten! Nur ganz nebenbei: Der Konjunkturboom fand weltweit statt und hat mit der EU und den «Bilateralen» gar nichts zu tun!

### Freier Personenverkehr zum Nachteil der Einheimischen

Etwas hat die Personenfreizügigkeit mit der EU allerdings bewirkt. **Allein im Jahre 2007 sind netto 74 000 Menschen in die Schweiz**

**eingewandert.** Das entspricht etwa der Einwohnerzahl der Stadt St.Gallen. Und so geht es Jahr für Jahr weiter, wenn dieser unselige Vertrag bestehen bleibt. Für uns Schweizer wird es immer enger, die Heimat wird immer schlimmer zubetoniert. Dafür schreiben uns EU-Funktionäre vor, wie wir Cervelats herstellen müssen. Sie verbieten uns, unsere Schweine mit

Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 2 Die Schweiz – ein politisches Versuchslabor?
- 3 Nach den Wahlen Maurer – Obama
- 4 Soziale Sicherheit
- 6 Der «Zweitbeste» zum Bundesrat gewählt
- 7 Die Europäer – baldige Museumsstücke?
- 8 Marktplatz
- 9 Ungereimtheiten
- 10 Aus den Kantonen



**Achtung:** Bei dieser Zeitung handelt es sich um eine politische Information. Dies ist der Grund, weshalb sie auch in jene Briefkästen verteilt wird, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Dies ist gesetzlich erlaubt!

# Die Schweiz – ein politisches Versuchslabor?

(MM) **Friedrich Engels** (1820–1895), Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Kampfgefährte und rechte Hand Karl Marx', unternahm verschiedene Male Reisen in die Schweiz, so auch in den 1840er-Jahren, als unser Land von politischen Wirren heimgesucht wurde, die 1847 zum Sonderbundkrieg und hernach zur Annahme der Verfassung von 1848 und zum heutigen Bundesstaat führten. Diese Ereignisse fanden in ganz Europa einen grossen Widerhall, wie z.B. Sturz der Monarchie in Frankreich, Aufstände in Wien und Preussen, Erhebung der Italiener gegen die österreichische Oberherrschaft.

In der «Deutschen-Brüsseler-Zeitung» vom 14. November 1847 schilderte Engels seine Eindrücke von den Einwohnern der in diesem Gerangel unterlegenen katholischen Sonderbundskantone unter der Überschrift «Der Schweizer Bürgerkrieg». (In der Edition «Arche Nova», Verlag der Arche Zürich, 1970, erschien dieser Text zusammen mit dem Aufsatz «Die politische Lage der schweizerischen Republik» im 46-seitigen Taschenbüchlein «Friedrich Engels: Über die Schweiz».)

Engels, keineswegs ein Lumpenproletarier, sondern ein gebildeter Schöngest aus einer wohlhabenden bürgerlichen Textilindustriellen-Familie aus Barmen-Wuppertal (Nordrhein-Westfalen), fuhr der Verliererseite des Sonderbundskrieges, also den Urschweizern, hart und zumeist auf beleidigende Art an den Karren: «Sie beschäftigten sich in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit mit Kühmelken, Käsemachen, Keuschheit und Jodeln... Sie waren arm, aber rein von Sitten, dumm, aber fromm und wohlgefällig vor dem Herrn, brutal, aber breit von Schultern und hatten wenig Gehirn, aber viel Wade» (S. 13/14) Was diese Waden anbelangt, fragte sich Engels: «Wo ist

die hysterische alte Jungfer, die nicht für die derben Waden und strammen Schenkel der sittenreinen Alpenjünglinge schwärmt?» (S. 11) Zum damals in der Schweiz blühenden **Reislaufen** schrieb er: «Wo und wann nur immer in Frankreich eine revolutionäre Bewegung ausbrach, die direkt oder indirekt der Demokratie Vorschub leistete, da waren es immer urschweizerische **Mietsoldaten** (eine geniale, politisch korrekte Wortschöpfung Engels, Red.), die mit der grössten Hartnäckigkeit und bis zum letzten Augenblick dagegen fochten.» (S. 19) Als Beispiele dazu dienen der Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789, die Einnahme der Tuileries am 10. August 1792. Heute stellt sich die Frage, **wann die ersten helvetischen Mietsoldaten im Auftrag der USA**, angeblich zur Terrorbekämpfung, sich in Afghanistan, im Balkan, Irak oder anderswo die Fresse breitschlagen lassen oder ins Gras bzw. in den Wüstensand beißen müssen.

## Multikulti-Unfug

Engels, käme er heutzutage in die Schweiz, besuchte er gewiss kein Äpler- oder eigenössisches Jodlerfest, denn für ihn klangen gewisse Noten des Kuhreigens wie Hundegeheul. (S. 15) Aber bei unserer staatlichen Gehirnwaschanstalt SRG könnte er mit seiner schnoddrigen Ausdrucksweise eine blendende Karriere machen, etwa als Moderator der TV-Serie «Reporter», welche sich besonders durch Förderung des Multikulti-Unfugs auszeichnet, wie z.B. in der Sendung vom 22. August 2007 «Der schwarze Mann in Seelisberg – Notizen aus der Urschweiz» oder in der vierteiligen Folge über die Bernerin Katharina Hännli, welche in Kamerun einen schwarzen Prinzen namens Marcelin Paholo geheiratet hat und so zu Mutterfreuden gekommen ist.

moscht». Und unsere Duckmäuser-Regierung in Bern lässt sich das alles einfach gefallen...

Da kann man nur sagen: **Dieser EU-Personenfreizügigkeitsvertrag muss weg!** Die Schweiz sollte endlich wieder lernen, als tüchtige Nation furchtlos ihren eigenen Weg zu gehen. Sagte nicht US-Präsident Obama zu seinen Wählern: «Yes, we can!>? **Wir können es auch – wenn wir nur wollen!**



*Friedrich Engels (rechts) mit Kampfgefährte Karl Marx (Marx-Engels-Denkmal in Berlin).*

Man mag von Engels Äusserungen über die Urschweizer halten, was man will. Ernst zu nehmen sind sie gewiss nicht. Interessanter ist hingegen ein Passus in einem am 21. Oktober 1894 an seinen Brüsseler Gesinnungsfreund Emile Vandervelde (1866–1938) gerichteten Brief: «**Die kleinen Länder, wie Belgien und die Schweiz, sind die modernen politischen Laboratorien, die Versuchsfelder, wo man die Erfahrungen sammelt, die später in den grossen Staaten angewandt werden.** Sehr oft geht gerade von diesen kleinen Ländern der erste Anstoss zu einer Bewegung aus, die bestimmt ist, **Europa zu erschüttern**, so wie vor der Februarrevolution der Krieg des Schweizer Sonderbundes.» (Zitat entnommen aus: Karl Marx / Friedrich Engels Werke, Band 39, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz Verlag Berlin (DDR) 1984, S. 302)

Obwohl der Brief vor mehr als 100 Jahren geschrieben worden war, hat diese Aussage nach wie vor ihre Gültigkeit. Die damaligen Theoretiker und Akteure des Umsturzes haben zwar das Szepter jüngeren Generationen übergeben, und auch die Kampfmethoden haben sich mit der Entwicklung der Technik radikal geändert. **Doch das Ziel der im Dunkeln agierenden treibenden Kraft ist dasselbe geblieben: Europa und die europäische weisse Bevölkerung als geschichtsbestimmenden Machtfaktor auszumerzen.** Dies kann, muss aber nicht, durch kriegerische Handlungen geschehen. Um eine Nation sturmreif zu machen, muss diese zuerst **durch psychologische Kriegsführung** moralisch, sittlich und demografisch **zersetzt werden**, was ein langwieriger Prozess ist.

## Multikulturelles Chaos

In der Schweiz setzte dieser so richtig mit den 1968er-Unruhen ein: antiautoritäre «Erziehung», das Verbot von Verboten, angebliche Bewusstseinsweiterung durch Kiffen, Geburtenschwund durch Pillenknicke, Umerziehung in den Schulen durch das In-den-Dreck-Ziehen der Aktivdienstgeneration usw. Bald setzte auch die Einwanderung aus Drittweltländern ein, welche die uns angeblich so bereichernde multikulturelle Durchmischung bescherte. Am 25. September 1994 genehmigte das Stimmvolk den neuen Art. 261bis StGB (Antirassismus-Strafnorm), der in der Schärfe nur noch von seinem österreichischen Gegenstück übertroffen wird. Hierauf setzte der internationale Hassfeldzug in Sachen herrenloser Vermögen von Holocaustopfern gegen die Schweiz ein. Dann ging es Schlag auf Schlag: 1995 machte der mit einer SP-Nationalrätin verheiratete Pfarrer Klaus Bäuml von der Berner Nydeggkirche durch die Einsegnung eines homosexuellen Brautpaares Schlagzeilen, und am 18. April 1999 stimmte das Volk der neuen Bundesverfassung, welche das Völkerrecht über das nationale Recht stellt, zu. Am 2. Juni 2002 befürwortete der Souverän mit 72% Ja-Stimmen die Fristenlösung, und am 5. Juni 2005 mit 58% Ja-Stimmen das Bundesgesetz über die registrierte Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Gegenwärtig wird über ein verschärftes Waffengesetz diskutiert, welches die ehrliche und gesetzestreue Bevölkerung zu entwaffnen und wehrlos zu machen trachtet, die grösstenteils schwarz zugewanderten kriminellen Elemente davon aber verschont. Zu all diesen negativen Vorzeichen kommt noch der Alkoholismus und der Drogenkonsum der Schüler und Jugendlichen hinzu. Ein weiteres Zeichen der Dekadenz: Laut einer Meldung des «Tages-Anzeigers» vom 21. Februar 2008 wird in Zürich die «Europride 2009» stattfinden – der grösste Festanlass für Schwule und Lesben.

Diese unheilvolle, verheerende Entwicklung ist kein Produkt reinen Zufalls, sondern vorheriger minutiöser Planung, was Friedrich Engels im erwähnten Brief bestätigt hat. Dafür sei ihm gedankt.

## Zum Nachteil der Einheimischen!

*Fortsetzung von Seite 1*

gekochten Essensresten zu füttern, wie das ohne Schaden seit jeher üblich war. Fremde EU-Richter untersagen den Winzern aus dem kleinen Waadtler Dorf Champagne, ihren Wein unter dem Namen des Dorfes zu verkaufen, aus Angst vor Verwechslungen mit dem französischen «Chlöpf-

# Nach den Wahlen Maurer – Obama

## oder kleine Sorgen – grosse Sorgen!



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

### Die Herkunft



**Ueli Maurers** Abstammung und Werdegang ist für jedermann klar und ohne grosse Geheimnisse. Geboren 1950 wuchs er in einer Kleinbauernfamilie in Hinwil auf, machte eine kaufmännische Lehre und später das Buchhalterdiplom. Beruflich brachte er es zum Geschäftsführer des Zürcher Bauernverbandes.

Seine politische Laufbahn begann als Gemeinderat von Hinwil, führte über den Kantonsrat von Zürich, den er 1991 präsidierte und schliesslich führte sie ihn 1991 in den Nationalrat. Als Präsident der SVP seit 1996 zeichnete er sich durch seinen enormen Einsatz und erfolgreichen Aufbau der Partei aus. In seine Amtszeit fällt die Gründung von 12 neuen Kantonal-sektionen und 600 Lokalsektionen. **Sein Mentor, a.BR Christoph Blocher**, ist mit all seinen Stärken und Schwächen bekannt, seine politischen Ziele werden von den Internationalisten von links und rechts in Grund und Boden verdammt. Niemand kann ihm jedoch im Ernst Ungesetzlichkeiten, Belügung der Öffentlichkeit oder ähnliche Vergehen gegen Treu und Glauben vorwerfen.



**Barack Hussein Obama** wurde am 4. August 1961 in Honolulu als Sohn eines kenianischen Studenten aus dem Luo Volk und einer weissen Amerikanerin aus Kansas geboren. Vom Vater wurde er schon 1963 verlassen (Scheidung). 1967 heiratete seine Mutter einen Indonesier und die Familie zog nach Jakarta. 1971 (im Alter von 10 Jahren) verliess Obama die Familie und zog zurück nach Hawaii zu den Grosseltern mütterlicherseits.

Es ist bekannt, dass er zeitweise den Drogen verfallen war. Trotzdem schloss er seine Studien 1991 mit magna cum laude in Politikwissenschaft ab.

Als sehr wichtig ist die Tatsache zu werten, dass Obama anfangs der

80er Jahre an der Columbia University in New York City politische Wissenschaft studierte und eine Arbeit «Atomare Abrüstung der Sowjets» schrieb. Dabei scheint er von **Z. Brzezinski**, der an dieser Universität lehrte, rekrutiert worden zu sein. Von da weg wurde seine politische Karriere gezielt gefördert.

Vom Protagonisten Z. Brzezinski und weiteren Familienmitgliedern der Familie B. scheint Barack Hussein Obama heute weitgehend gelenkt zu werden.

### Christoph Blocher versus Zbigniew Brzezinski

a. Bundesrat Ch. Blocher kämpfte und kämpft stets mit offenem Visier. Seine politischen Zielsetzungen entsprechen offensichtlich den Allgemeinen Bestimmungen der Bundesverfassung. Es gibt keinerlei Hinweise, dass er mit Geheimbünden fraternisieren würde oder Ziele anstreben würde, die dem Landesinteresse widersprechen könnten.

Ganz anders Zbigniew Brzezinski, der als ein bekennender Russenhasser und fanatischer Imperialist ohne jegliche humanitäre Hemmungen beurteilt wird. Zusammen mit David Rockefeller gründete er die Trilaterale Kommission mit dem Ableger «Bilderberger», die die Weltherrschaft unter Führung der anglo-amerikanischen Finanzoligarchie anzustreben scheint... (Den «Bilderbergern» gehört übrigens auch der derzeitige Bundespräsident Couchevin an!) Es ist leider zu befürchten, dass er im Hintergrund, eine Machtprobe zwischen den USA einerseits und Russland/China andererseits zu initiieren versucht.

Damit fördert er eine Geopolitik, die viel gefährlicher ist als die brutale, lügnerische Kriegspolitik der beiden Bushs und Cheneys/Rumsfeld.



Das geheime, heute noch strikt einzuhaltende Protokoll der Bilderberg-Sitzungen wurde 1919 im Schatten des Diktats von Versailles festgelegt.

Obama hat in diesem «Spiel» offenbar die Aufgabe den anglo-amerikanischen Imperialisten Europas Truppen und Finanzmittel zu sichern.

Erinnern wir uns an die Warnung im «Schweizer Demokrat» 9/08 Seite 11, wo Webster Griffin Tarpley, der bekannte amerikanische Buchautor zitiert wurde:

**«Obama ist kein «Friedensengel», sondern ein «Todesengel», der den 3. Weltkrieg auslösen wird.»**

Wir können nur hoffen, Tarpley irre sich!



Die Amerikaner haben eine riesige Kriegsflotte vor der Haustür des Iran zusammengezogen, die allein dem Zweck dient, dem Iran mit militärischen Operationen zu drohen.

### Die ersten Schritte

Der neu gewählte **Bundesrat Ueli Maurer** verpflichtet sich expressis verbis

- die von den Gegnern angezweifelten Tugenden zu leben;
- er bekennt sich zur Konkordanz
- er will sie auch konkret leben, mit Inhalt füllen;
- er äussert sich respektvoll über die Mitarbeiter im VBS;
- er legt eine klare, vernünftige Ablaufplanung zur Überwindung der bekannten Schwierigkeiten im Verteidigungsbereich vor;
- er will den Auftrag der Landesverteidigung laut BV ohne wenn und aber ernst nehmen und umzusetzen versuchen;
- nichts deutet darauf hin, dass er das üble Spiel von Frau Widmer-Schlumpf bei Amtsantritt nachahmen wird und führende Mitarbeiter des vormaligen Departementschefs Knall auf Fall raus-schmeissen wird.

Ganz anders **Barack Hussein Obama**. Nach dem propagandistischen Wort-Geklingel von «Change» und «Yes, we can» wird jetzt bereits klar, dass er die Clinton Politik, welche die heutige Finanzkrise vorbereitete, weiterführen wird. Garant dafür ist sein designierter Finanzminister Timothy F. Ga-

thier, das trojanische Pferd der Wall Street in der Regierung Obama.

Bedenklich stimmt auch, dass die militärische Machtpolitik und die rücksichtslose Aussenpolitik durch Hillary Clinton (Aussenministerin) und Robert Michael Gates (Verteidigungsminister) unverändert weiter geführt und der «Krieg im Dunkeln» (Geheimdienste) und die Einmischung in die innern Angelegenheiten souveräner Staaten im Interesse der imperialen Ziele der USA nicht abgebaut werden.

Für eine weiterhin starke Anbindung der USA an das zionistisch beherrschte Israel wird der Stabschef Rahum Israel Emanuel sicher besorgt sein.

Für den vorsichtig geäusserten Optimismus in meinem Kommentar in Nr. 12/08 bleibt heute wenig Anlass. Umso weniger, als der «president elect» Schritt um Schritt von seinen Wahlversprechen abzugehen scheint.

### Der Vergleich

Wenn man die Wahlen verfolgt hat, sowohl jene von Ueli Maurer, wie auch jene von Barack Hussein Obama drängen sich die folgenden Gedanken auf:

– **Glückliche Schweiz, wo sich die Massenmedien und ganze Regierungsparteien wahre Purzelbäume an Spekulationen, Verdächtigungen und Unterschiebungen leisten, um Schlagzeilen produzieren zu können, resp. in selbige zu kommen.**

– **Arme USA, arme Welt, wo bereits offensichtlich geworden ist, dass sich Obama auf den Weg zu einem Dritten Weltkrieg macht, ganz nach dem Wahnsinns-Plan von Z. Brzezinski, der vorsieht, Russland gegen China auszuspielen, um so für das anglo-amerikanische Weltreich ein weiteres Jahrhundert Zeit zu schinden. Obama scheint der grössere Kriegstreiber zu sein, als es G.W. Bush war – und das will etwas heissen!**

Rasch könnte es sich als Glücksfall erweisen, wenn im schweizerischen Bundesrat die Stimme der kleinstaatlichen Bescheidenheit und gleichzeitiger politischer Unabhängigkeit und dem absoluten Verteidigungswillen wieder hörbar sein wird.

# Soziale Sicherheit für Schweizer statt importierte Arbeitslosigkeit!



Bernhard Hess,  
e. Nationalrat,  
Bern

Seit dem Inkrafttreten des freien Personenverkehrs mit den 15 alten EU-Staaten wird immer wieder behauptet, dass es zu keiner Masseneinwanderung gekommen sei. Dabei sticht doch Schritt auf Tritt ins Auge, dass ganze Heerscharen von arbeitslosen Deutschen in die Schweiz drängen. Allein zwischen September 2007 und August 2008 wanderten mehr als 119 000 EU-Bürger neu in die Schweiz ein. Davon stammt fast die Hälfte, d.h. 50 000 Personen, aus Deutschland. Konkret heisst dies, dass sich jeden Tag über 300 neue EU-Bürger in der Schweiz niederlassen, davon fast 150 Deutsche! Trotz der enormen Zuwanderung nach der Aufhebung der Kontingente war die Landesregierung im Mai 2008 nicht gewillt, die von mir noch im Jahr 2007 im Nationalrat geforderte Ventilklausel zu aktivieren, die für eben diese Fälle vertraglich festgelegt worden war. Anscheinend glaubt der Bundesrat blauäugig an eine endlose Hochkonjunktur. Wie sinnvoll eine neue Kontingentierung gewesen wäre, zeigt sich heute – nur 5 Monate später – angesichts der eingetretenen globalen Rezession.

## Nein zur Nivellierung nach unten

Nun will man auch noch Rumänen und Bulgaren die freie Einwanderung erlauben. In diesen Ländern verdienen Arbeitnehmer einen Bruchteil des hierzulande – bis anhin – Üblichen. Da braucht man kein Prophet zu sein, um vorauszu sehen, dass mit der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf diese mausarmen Staaten unsere Löhne unter massiven Druck geraten werden. Da das Gefälle zwischen der Schweiz, Deutschland und Portugal, geschweige denn Rumänien und Bulgarien, in vielen Bereichen gross ist, würde die zusätzliche Personenfreizügigkeit für unser Land generell eine starke Nivellierung nach unten zur Folge haben. Diese ökonomische Gesetzmässigkeit lässt sich auch durch so genannte «flankierende Massnahmen» nicht aufhalten.

## Nein zu noch mehr Armut

Mit der Personenfreizügigkeit wurde die Möglichkeit geschaffen, dass auch Einwanderer einreisen können, die vom ersten Tag an nicht einmal in der Lage sind, ihr Existenzminimum zu verdienen. EU-Ausländer dürfen auch mit beliebig grossen Familien einwandern. Selbst wenn ihr Lohn über einem allfälligen Mindestlohn liegt, kann

in vielen Fällen das Existenzminimum bei weitem nicht gedeckt werden. Wie soll verhindert werden, dass solche Einwanderer von allem Anfang an in Armut leben und der Sozialhilfe zur Last fallen? Selbst wenn Mindestlöhne als «flankierende Massnahmen» eingeführt werden, können oft sehr tiefe Löhne eine Realität sein. Was ist mit Leuten, die nur einen Ar-

beitsvertrag für Teilzeitarbeit haben oder die nur mit einem kleinen Barlohn entschädigt werden, weil ein Grossteil für Kost und Logis abgezogen wird? Infolge der eingetretenen globalen Rezession und der resultierenden Massenarbeitslosigkeit im EU-Raum besteht zudem auch die Gefahr, dass vermehrt zahlreiche sogenannte «selbständig Erwerbende»

# Arbeit verlieren?

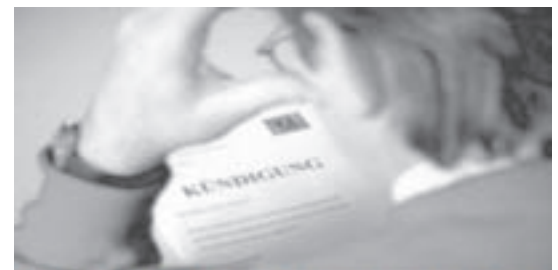
Wir wollen frei entscheiden und sollten uns nicht von der EU oder dem Bundesrat zu einer Zustimmung erpressen lassen!



## Nein zur EU-Personenfreizügigkeit

Manager von Grossfirmen und ihre Handlanger in der Politik behaupten, die Bilateralen Verträge mit der EU – und ganz besonders die Personenfreizügigkeit – seien ein grosser Erfolg. Das sind alles Lügen! Oder spüren Sie etwas davon? Geht es Ihnen heute besser als vor zehn Jahren ohne diese Verträge? Wohl kaum! Mit den EU-Kolonialverträgen hat sich aber einiges negativ verändert:

- Die in der Hochkonjunktur geschaffenen **Arbeitsplätze** wurden mit Neueinwanderern aus dem Ausland besetzt. Unsere über 100 000 Arbeitslosen gehen leer aus.
- Mit den EU-Verträgen steht den Unternehmern dauernd ein riesiges Überangebot an Arbeitskräften zur Verfügung. So können sie unsere **Löhne** tief halten, statt die Gewinne gerecht mit uns Arbeitnehmern zu teilen.
- Wir haben künftig keinerlei Möglichkeit mehr, die Einwanderung zu begrenzen. Die letzten Jahre betrug der Einwanderungsüberschuss jeweils jährlich über 70 000 Personen. Kein Wunder, dass **Wohnungsnot** herrscht, obwohl unser schönes Land immer stärker zubetoniert wird!



PERSONEN FREIZÜGIGKEIT **NEIN**

**SD**   
Schweizer Demokraten

Postfach 8116  
3001 Bern  
www.schweizer-demokraten.ch  
schweizer-demokraten@bluewin.ch



## Selbst bestimmen heisst: Wohlstand sichern!

Alle erfolgreichen Länder haben strenge Einreisebestimmungen. Warum wohl? Weil sie selber bestimmen wollen, wer einwandern darf! Zuwanderung selber bestimmen heisst: Wohlstand sichern, Arbeitsplätze sichern, Sozialwerke sichern.

**Deshalb:**

# EUZUWANDERUNG NEIN

de» in die Schweiz kommen, die auch bei uns in grosser Armut leben werden. Für selbstständig Erwerbende gelten die flankierenden Massnahmen (und damit die Mindestlöhne) nicht. Sie können ihre Arbeitskraft zu Preisen anbieten, welche weit unter den üblichen Ansätzen liegen.

### Nein zu noch mehr importierter Arbeitslosigkeit

Die Schweiz hat aber selber eine steigende Arbeitslosenrate, die schon durch die Zuwanderung aus den alten EU-Mitgliedsländern ständig wächst und die zweifellos im 2009 noch aufgrund des eingetretenen Wirtschaftsabschwungs massiv steigen wird. So beklagte sich das grösste schweizerische Boulevardblatt kürzlich über «RAV-gierige Deutsche». In der Tat wurde im Monat September 2008 im Kanton Zürich die Rekordzahl von 827 Deutschen arbeitslos gemeldet. Und auch im Kanton Aargau hat die Zahl der arbeitslosen Deutschen im September 2008, im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres um 15 Prozent sprunghaft zugenommen. Für Deutsche, die in den kommenden Monaten infolge des eintretenden Stellenabbaus ihre Arbeit verlieren dürften, ist der Gang auf ein schweizerisches Arbeitsamt allenfalls attraktiver als der Bezug von Hartz IV-

Brosamen in ihrem Heimatland. 45 Prozent der Rumänen leben heute unter der offiziellen Armutsgrenze. Besonders dramatisch ist die Jugendarbeitslosigkeit mit über 40 Prozent! Nahezu drei Millionen Rumänen leben und arbeiten deshalb mittlerweile im Ausland. Die Zahl der in Italien lebenden Rumänen, vor allem Sinti und Roma, hat sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt. Damit wurde die Zahl der Rumänen mit einer (!) Million zwischenzeitlich zur grössten Ausländergruppe in Italien. Der Wille auszuwandern ist in sämtlichen mittel- und osteuropäischen Staaten sehr hoch. Mit der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien wird eine weitere Welle von Arbeitslosen aus dem Ausland in der Schweiz ihr Glück versuchen und die Zahl der Arbeitslosen in der Schweiz in die Höhe treiben.

### Nein zu noch mehr Kosten im Sozialbereich

Wer einmal in der Schweiz eine Aufenthaltsgenehmigung hat, wird auch nicht wieder ausreisen, wenn er keine Arbeit oder kein Auskommen mehr findet. Dies umso mehr als die Sozialversicherungen in der Schweiz grosszügige Leistungen vorsehen. Damit ist auch klar, dass die Zuwanderung höhere Kosten im Sozialbereich nach sich ziehen

# Schluss mit Lohndumping und importierter Arbeitslosigkeit

## Die Fakten:

Personenfreizügigkeit bedeutet ungebremste Zuwanderung. **Jeder EU-Europäer (neu auch Rumänen und Bulgaren!) hat einen Rechtsanspruch, in die Schweiz einzuwandern, hier zu arbeiten und unsere Sozialwerke in Anspruch zu nehmen.** Das heisst, unsere Behörden können die Einwanderung nicht mehr steuern und nicht mehr beschränken.

## Laut Bundesrat erfolgte die bisherige Zuwanderung gemäss den Bedürfnissen der Wirtschaft.

Seit 2004 seien mehr als 250 000 neue Stellen geschaffen worden. Frage: Weshalb zählt die Schweiz heute mehr als 100 000 Arbeitslose? Dazu noch die Ausgesteuerten, die Frührentierten und, und?

Ende August 2008 betrug die ständige ausländische Wohnbevölkerung aus EU/EFTA-Ländern 1 007 017 Personen, das sind 7,9 Prozent mehr als Ende August 2007. Am stärksten angestiegen ist die Zahl der Staatsangehörigen aus Deutschland (+36 240), Portugal (+14 368), Frankreich (+91 75) usw. (Quelle: Bundesamt für Migration)

## Die Folgen:

1. Schweizerinnen und Schweizer werden durch Dumpinglöhne in die Arbeitslosigkeit gedrängt.

### Auch der Bundesrat musste klipp und klar feststellen:

**«Es wird ein Lohndruck entstehen, das schleckt keine Geiss weg. Das ist klar, das gibt eine Nivellierung nach unten.**

**Tendenziell wird die Arbeitslosigkeit steigen.»** (Nationalratsdebatte, 9.12.2004)

2. Unsere Sozialwerke werden durch die Zuwanderung von EU-Europäern zusätzlich belastet und ausgehöhlt.
3. Mehr Arbeitslose und mehr Sozialbezüger heisst: Sozialabgaben und Steuern steigen massiv. Wir alle müssen mehr zahlen!

werden. Überhaupt haben wir es seit Jahren nicht mehr mit einer Migration zum Arbeitsplatz Schweiz, sondern mit einer Zuwanderung zum schweizerischen Sozialsystem zu tun!

### Nein zu noch mehr Billigkonkurrenz für unser Gewerbe

Jedermann kann als selbstständig Erwerbender einwandern. Jeder «Selbstständige» erhält eine Aufenthaltserlaubnis, «sofern er den Behörden nachweist, dass er sich zu diesem Zweck niederlassen will» (Anhang I zum Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU vom 21. Juni 1999, Art. 12 (1)).

Praktisch jede Tätigkeit kann nicht nur als Angestellter, sondern auch als selbstständig Erwerbender ausgeübt werden; vom Arbeiter auf dem Bau (z.B. selbstständig erwerbender Dachdecker) bis hin zur «selbstständigen Schreibkraft» (z.B. Sekretärin, die selbstständig erwerbend für verschiedene Büros arbeitet). Jedermann kann als «Ein-Mann-Firma» tätig werden – in Deutschland hat sich der Name der «Ich-AG» eingebürgert.

### Die Genossen der Bosse

Noch ein Wort zum Verhalten der Gewerkschaftsbosse im aktuellen Abstimmungskampf: Hunderttausende von Gewerkschaftsmitglie-

dern bezahlen Beiträge, damit sich ihre Organisation für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen einsetzt. Und was geschieht? Sie alle werden von den Gewerkschaftsbossen schlicht verraten. Denn diese machen mit den Beitragsgeldern Propaganda für die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien! Sie helfen den multinationalen Unternehmern, Billigarbeiter aus Mittel- und Osteuropa, insbesondere Deutschland, in die Schweiz zu holen und damit uns allen die Löhne zu drücken.

Seit der Abstimmungskampf zu diesem Thema begonnen hat, schweigen die Gewerkschaftsbosse zum Thema «Lohndumping», obwohl dieses munter weiterbetrieben wird. Die Gewerkschaften erzählen, dass man Lohndumping mit «flankierenden Massnahmen» verhindern könne. Und sie wissen genau: Das Gegenteil ist Realität! Die Schweiz verliert mit der Weiterführung der Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien an Wohlstand. Die Arbeitslosigkeit steigt unvermindert an und auch die Kriminalitätsrate erhöht sich. Zudem wird wegen der enormen EU-Zuwanderung unser Wohnraum knapp und teuer. Aus all diesen Gründen empfehle ich ein überzeugtes Nein zur EU-Personenfreizügigkeit.

# Der «Zweitbeste» zum Bundesrat gewählt!



Markus Borner,  
e. Grossrat,  
SD-Zentral-  
Vizepräsident,  
Basel

**Am vergangenen 10. Dezember wurde Ueli Maurer, der frühere langjährige SVP-Parteipräsident, in die Landesregierung gewählt. Diesem Wahlprozedere ging richtiggehend eine «Medienschow» voraus – wie wir dies noch nie erlebt haben. In Tat und Wahrheit sahen aber viele Bürgerinnen und Bürger diesem politischen Hickhack nicht begeistert, sondern vielmehr angewidert zu!**

Ein kurzer Rückblick: Ein Jahr vor dieser «historischen» Ersatzwahl wurde Christoph Blocher als Bundesrat abgewählt. Hatte dieser seine Regierungsarbeit etwa schlecht gemacht? Ohne hier parteipolitisch zu sein, darf aber sicher erwähnt werden, dass es schon «schwächere» Bundesräte gegeben hat als Christoph Blocher! Welche «Koryphäen» sitzen denn im heutigen Bundesrat? Die Meinung, dass in der Schweiz überdurchschnittlich begabte Menschen kaum richtig zum Zuge kommen, ja meist «abgesägt» werden, scheint auch hier eine Binsenwahrheit zu sein. **Was für eine Politik diese Spitzenleute dann vertreten, ist wiederum eine andere Frage!**

## Die «zweigeteilte» SVP

Nach der seinerzeitigen Abwahl von Christoph Blocher erklärte die SVP – in die Opposition gedrängt worden zu sein – und dass sie diese Position nun konsequent vertreten würde. Was geschah aber hierauf in der realen Politik bezüglich SVP? Nichts anderes, als vorher! Immerzu grosse Sprüche und wenig oppositionelle Aktivitäten! Die SVP hätte im letzten Jahr gleich bei den Ja-Beschlüssen von National- und Ständerat zur EU-Personenfreizügigkeit/Erweiterung auf Rumänien und Bulgarien ihre Opposition hierzu ankündigen müssen. Nein, «dank» Christoph Blocher tat die SVP eben dies nicht. Die SVP-Parteioberen erklärten gar, mit dieser «Päcklivorlage» nichts am Hut zu haben. Christoph Blocher hätte auch folgenden Spruch zum Besten geben können: **«Wir wollen uns die Hände wa-**

**schen. Dabei dürfen diese aber nicht nass werden!»** Inzwischen ist man in der SVP klüger geworden. Ohne Wasser geht es beim Händewaschen eben gar nicht! Die SVP-Mitgliederbasis und die JSVP haben den Parteioberen den Tarif durchgegeben und an der Delegiertenversammlung die Nein-Parole zur Personenfreizügigkeit beschlossen!

## Sogenannter Oppositionskurs wäre zum Risiko geworden

In der SVP gibt es nebst dem starken national-konservativen Parteiflügel auch einen neoliberalen «Unternehmer»-Flügel, welcher ebensogut der FDP oder der SVP-Abspaltung namens BDP angehören könnte. Deren Protagonisten, wie Peter Spuhler, Ueli Giezendanner, Hansruedi Wandfluh und weitere wollen von einer Oppositionsrolle der Partei nichts wissen. Claro, wer will denn schon die «harten» Oppositionsbänke im Parlament drücken, wenn sich das persönliche Leben, wie auch das Geschäftliche, in eine andere (angenehmere) Richtung entwickeln kann!

## Konkordanz im Bundesrat?

Wäre der richtige SVP-Mann nicht zum Bundesrat gewählt worden, hätte dies mit Sicherheit schon in kurzer Zeit zu einem Eklat in der SVP geführt. Jetzt wird der «Friede» noch etwas länger halten...

Alle relevanten politischen Kräfte in der Bundesversammlung waren sich am letzten 10. Dezember einig, dass wiederum ein SVP-Vertreter in den Bundesrat gewählt werden muss, da von diesen Herrschaften niemand (nicht einmal die SP-Genossen!) an einer Radikalisierung der SVP interessiert ist. Zudem benötigt die FDP einen Bündnispartner (auf allen Ebenen). Auch die Sozialdemokraten sind nicht gewillt, die heutige Konkordanz zu gefährden, denn die Grünen sind zur grossen Konkurrenz geworden. Und eben die Wortführer dieser Grünen plapperten an diesem 10. Dezember immerzu vom «Tag der Menschenrechte», weshalb die Wahl eines SVP-Politikers vom «Zürcher Parteiflügel» ein Affront sei. Aber der Dummheit der Grünen sind wohl keine Grenzen mehr gesetzt, haben diese letztlich bei der Neuwahl des Bundesrates nicht einmal ihrem eigenen Kandidaten, Ständerat Luc Recordon, die Stange gehalten, resp. die Stimme gegeben! Die Grünen haben bei dieser Bundesratswahl



Vom Bauernbub ins Bundeshaus:  
Karrieresprung des Ueli Maurer!

einmal mehr eine unseriöse und unehrliche Haltung an den Tag gelegt! Wenn jemand die Konkordanz im Bundesrat befürwortet, so hat die SVP ohne Wenn und Aber Anrecht auf ein, ja gar zwei Bundesratssitze!

## Erstaunliches bei der Bundesratswahl

Wer es noch nicht realisiert haben sollte: Die Kandidatur von Christoph Blocher war natürlich nicht ganz ernst gemeint. Dies war vorab ein taktischer Schachzug, um den Ball ins Tor zu bringen. Ja gewiss, das Ziel wurde erreicht, wenn auch nur ganz, ganz knapp. Im entscheidenden dritten Wahlgang erhielten Hansjörg Walter 121 und **Ueli Maurer mit 122 Stimmen – genau das absolute Mehr!**

Höchstwahrscheinlich stimmte Hansjörg Walter, treuer SVP-Anhänger und Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes, in allen Wahlgängen nicht für seine eigene Person! Darum darf dieser auch nicht traurig sein, wenn ein anderer seine Kirschen vom Baum pflückte! Hätte Walter zu Beginn der Wahlsitzung nicht das Wort verlangt und dabei ausdrücklich auf eine mögliche Wahl als Bundesrat verzichtet, wäre **dieser** mit Glanz und Gloria gewählt worden. Ob dies den SVP-Oberen gefallen hätte, ist staatspolitisch Nebensache! Walter wäre auch zu einem Teil mit den Stimmen von SVP-Parlamentariern gewählt worden. Nur wenige Minuten nach der Wahl erklärte Ueli Maurer, dass er das VBS übernehmen werde, denn dies hatte der Bundesrat offensichtlich inzwischen schon (in aller Eile!) beschlossen. Übrigens kommen nun zwei Bundesräte aus

dem Kanton Zürich. Noch vor wenigen Jahren wäre dies niemals möglich gewesen! Wird denn bei späteren Bundesratwahlen ein zweiter SVP-Vertreter aus dem Kanton Bern kommen?

## Oesch' die Dritten

Nach der erfolgreichen Wahl von Ueli Maurer gings zuerst in einen nahe gelegenen Hotelsaal, wo sich die SVP-Anhänger versammelt hatten. Das Ehepaar Blocher gesellte sich auch rasch dazu. Bei beiden Eheleuten stand die Freude im Gesicht und absolut keine Traurigkeit ob der verlorenen eigenen Wahl. **Das Etappenziel war erreicht!** Hernach ging es weiter zum Fraktionsessen, wo u.a. die bekannte Ländlergruppe mit der Jodlerin Melanie Oesch für lüpfige Unterhaltung sorgte. Welche Musik wäre wohl bei einem Misserfolg aufgespielt worden?

## Kann Ueli neurdings übers Wasser gehen?

Samuel Schmid, abtretender VBS-Bundesrat und Ex-SVPLer erhielt am 10. Dezember nicht nur im Nationalratssaal, sondern auch an den darauffolgenden Tagen zahlreiche warmherzige Bekundungen der Solidarität und des Dankes. Bundesrat Schmid zeigte sich – und dies war nun ehrlich – tief bewegt von diesen Vorgängen. Noch in seiner Abschiedsrede im Parlament sprach Schmid von «eigenen Fehlern...». Immerhin gab er es zu, wenn auch erst ganz am Schluss seiner Politkarriere! Es soll schon Bundesräte gegeben haben, welche ihre «Mängellisten» unveröffentlicht mit ins eigene Grab genommen hätten.

**Wer möchte schon gern mit Ueli Maurer tauschen?** Vor nicht allzu langer Zeit erklärte er beim Rücktritt als langjähriger SVP-Präsident, dass er von jetzt an arbeitsmässig um einiges zurückstecken und sich zeitlich primär seinem Nationalratsmandat widmen möchte. Bei der «Krönung» des «besten» SVP-Bundesratskandidaten erklärte er nicht nur einmal: **«Ich stehe für dieses Amt nicht zur Verfügung!»**. Als «Zweitbester» in der SVP muss er nun rasch die Schwimmweste anziehen, damit er im wirbelnden und kalten Wasser nicht untergehen wird! Als sportlich veranlagter ehemaliger Militärradfahrer wird er wohl auch gut schwimmen können – auch wenn er dies zuerst in Abrede stellen sollte!

# Die Europäer – baldige Museumsstücke?

Es ist eine längst bekannte Tatsache, dass mit Ausnahme von Albanien und Bosnien-Herzegowina mit vorwiegend muslimischer Bevölkerung heutzutage praktisch kein europäisches Land mehr die durchschnittliche Kinderzahl von 2,1 pro Frau, die für die «Erneuerung» der Generationen notwendig ist, aufbringt. Der Islam lehnt eine Geburtenkontrolle strikte ab und lässt eine Abtreibung nur unter strengsten Auflagen zu. Dass die beiden Balkanstaaten gedeihen und auch in Zukunft überleben wollen, darf man ihnen nicht verübeln. Der demographische Krebsgang der einheimischen europäischen Bevölkerung ist aber noch nie Gegenstand einer Debatte unter der Bundeshauskuppel geworden, obwohl dort für alles Mögliche und Dinge mit weit geringerer Tragweite Sondersitzungen einberufen werden. Das Überleben unseres Volkes als solches ist den meisten Parlamentariern, von rotgrün bis bürgerlich, gelinde gesagt mehr oder weniger egal!

## Sinkende Geburtenrate

In den grossen Medien kommt dieses für unsere Zukunft schicksalsträchtige Problem entweder nicht zur Sprache oder wird als Panikmache abgetan und verharmlost, wie es die «Neue Zürcher Zeitung» vom 19./20. Juli 2008 in ihrem Artikel «Die Europäer sterben nicht aus» tat. Das Blatt räumt zwar ein, dass an besorgten Prognosen über die demographische Entwicklung unseres Erdteils aus verständlichen Gründen kein Mangel herrsche, dass es aber abwegig sei, bei dieser Frage ganz Europa pauschal in den gleichen Topf zu werfen, und meint: «Die Länder mit den niedrigsten Geburtenzahlen von deutlich unter 1,5 Kindern pro Frau konzentrieren sich auf zwei Regionen: den nördlichen Mittelmeerraum sowie Zentral- und Osteuropa inklusive Russlands. In diesen Ländern schrumpft die Bevölkerung teilweise empfindlich. Das gilt vor allem für Russland, wo die Einwohnerzahl jährlich um eine Dreiviertelmillion Menschen abnimmt (was neben der niedrigen Geburtenrate mit der geringen Lebenserwartung insbesondere der Männer zu tun hat), aber auch für die Ukraine, das Baltikum und fast alle andern Länder des ehemaligen kommunistischen Ostblocks. Auch die Schweiz und Deutschland zählen zur Gruppe mit Geburtenraten von unter 1,5. **Doch die schweizerische Einwohnerzahl wächst wegen der erheblichen Zuwanderung trotzdem weiter**, während sie in Deutschland seit einigen

Jahren leicht rückläufig ist. Deutlich höhere und tendenziell steigende Geburtenraten von 1,8 bis zu 2,1 Kindern pro Frau können demgegenüber die skandinavischen Länder, Island, Grossbritannien und Irland vermelden.

In Europa bieten Frankreich und die skandinavischen Länder interessante Beispiele dafür, dass fallende Geburtenraten trotz steigendem materiellem Wohlstand kein unverrückbarer Trend sein müssen. Die höhere Fertilität in Frankreich und in Skandinavien hat offenbar weniger – wie gelegentlich behauptet – mit der ausgeprägteren Gebärfreudigkeit muslimischer Immigrantinnen zu tun. Die allgemein höheren Kinderzahlen französischer oder skandinavischer Frauen werden eher mit den besser ausgebauten und gesellschaftlich tiefer verankerten Institutionen für die Kinderbetreuung erklärt. Diese staatlich geförderten Einrichtungen machten es für die Frauen in diesen Ländern einfacher, berufliche Karriere und Mutterschaft auf einen tragfähigen Nenner zu bringen.»



Diese staatlichen Einrichtungen tragen gewiss dazu bei, dass eine berufstätige Frau zugleich auch Mutter sein kann. Hierzulande aber wehren sich gewisse bürgerliche Kreise vehement dagegen, da sie keinen staatlich geförderten Nachwuchs wollen und die Aufgabe der Frau am liebsten auf die Küche, die Kinder und übrige Hausarbeiten beschränken möchten. Dabei übersehen diese Herrschaften gerne, dass wegen der hohen hiesigen Lebenshaltungskosten, wie z.B. die Mieten und die Krankenkassenprämien, eine Familie nur mit dem Lohn des Mannes in vielen Fällen einfach nicht mehr über die Runden kommt und auf das zusätzliche Einkommen der Frau dringend angewiesen ist. Dass der Ehemann und Vater genügend verdient, um die ganze Familie unterhalten zu können, wäre gewiss der Idealfall; nur wird dieser zusehends zur Ausnahme.

## Die ausgestorbene europäische Familie

Die französische Wochenzeitung «Rivarol», ein Blatt der nationalen



## Hoffentlich nicht bald «Museumsstücke» – Europäische Kinder.

Opposition, (1, rue d'Hauteville, FR-75010 Paris), hat in ihrer Ausgabe (Nr. 2861) vom 6. Juni 2008 dieses Thema unter dem Titel «Feu la famille européenne?» (Die ausgestorbene europäische Familie?) aufgegriffen. So habe die Bevölkerung der EU zwischen 2000 und 2007 um 14,2 Mio. Personen zugenommen; aber **84 % dieses Zuwachses (12 Mio.) sei auf die Einwanderung zurückzuführen**. Italien, welches ein negatives Wachstum von -0,2 Mio. aufweist, habe den zahlenmässigen Niedergang mit 2,9 Mio. Einwanderern kompensiert. Trotzdem sei der Anteil der Jugendlichen in der EU markant gesunken. 1980 zählten die unter 14-Jährigen 94 Mio. Seelen, und im Jahre 2007 noch deren 74 Mio. In derselben Zeitspanne stieg die Anzahl der über 65-Jährigen von 57 auf 80 Millionen Menschen. Von dieser Erscheinung seien namentlich Bulgarien, Deutschland, Slowenien, Italien und Griechenland betroffen. Dieselbe dramatische Entwicklung ist bei den Geburten festzustellen: In der EU erblickten im Vergleich zu 1982 920 089 weniger Kinder das Licht der Welt. Deren Geburtenrate betrage lediglich 1,56 Kinder pro Frau und liege somit unter deren 2,1, welche für die «Erneuerung» der Generationen notwendig sind. **Die französische Reproduktionsrate von zwei Kindern sei hauptsächlich auf die fremdrassige Bevölkerungszunahme zurückzuführen**. Damit ist die Aussage der NZZ, die höhere Fertilität in Frankreich habe wenig mit der Einwanderung zu tun, eindeutig widerlegt.

Einen weiteren Faktor der **unheilvollen demographischen Entwicklung Europas** bildet laut «Rivarol» die **Abtreibung**, welche alljährlich eine Bevölkerungsverminderung in der Grössenordnung der Einwohnerschaft von Luxemburg, Malta, Slowenien und Zypern zusammengerechnet verursacht, d.h. dass 20 Prozent aller empfangenen Kinder nicht auf die Welt kommen. Von den im Jahre

2004 registrierten 6390 014 Schwangerschaften endeten deren 1 167 683 mit einer Abtreibung. Die davon am meisten betroffenen Länder sind Frankreich, Grossbritannien, Rumänien, Italien, Deutschland und Spanien, wo sich die Anzahl der Abtreibungen zwischen 1996 und 2006 verdoppelt hat. Was die diesbezügliche Lage in der Schweiz anbelangt, wusste die welsche Gratiszeitung «20 MINUTES» vom 9. September 2008 unter der Überschrift «L'avortement bat des records sur l'arc lémanique» (Am Genferseebogen schlägt die Abtreibung Rekorde) folgendes zu berichten: «2007 wurden im Kanton Genf 1415 freiwillige Schwangerschaftsunterbrechungen vorgenommen; knapp hinter der Waadt mit deren 1439 Fällen. (Ein wahrlich trauriger Rekord, Red.) Dies bedeutet, dass auf 1000 Frauen im gebärfähigen Alter deren 15 einen solchen Eingriff erlitten haben. Im Kanton Waadt sank die Zahl auf 10,3 und in Zürich auf 8,8. Und noch weiter hinten folgen Uri mit einem Ansatz von 1,6 und Appenzell-Innerrhoden mit 0,7.» Das Ergebnis dieser demographischen Rückentwicklung sieht man deutlich in den Strassen der grösseren welschen Ortschaften und Vorstädten, wo schwarzafrikanische und muslimische Familien mit drei Kindern auf dem Spaziergang ein durchaus gängiges Bild darstellen, während Ehepaare schweizerischer oder sonstiger europäischer Herkunft mit einem oder, viel seltener, zwei Sprösslingen die Regel sind. Diese Bevölkerungsumschichtung offenbart sich besonders deutlich in den Kindergärten und Schulklassen der Unterstufe. Die Romandie ist aus sprachlichen Gründen davon besonders stark betroffen, da Westafrika und der Maghreb, woher die meisten Zuwanderer stammen, früher französische Kolonien waren.

## Ein Kontinent verändert sein Gesicht

Wer mehr erfahren will, dem sei die Lektüre des Buches «Die letzten Tage von Europa – Ein Kontinent verändert sein Gesicht» von Walter Laqueur, List Taschenbuch, ISBN 978-3-548-60835-8, wärmstens empfohlen. Es ist u.a. auch durch das Internet – amazon.de – zum Preis von 8,95 Euro erhältlich. Laqueur, geboren 1921 in Breslau (dem heutigen polnischen Wroclaw), 1938 nach Palästina emigriert, lebt heute in London und Washington. Man kann ihn also kaum als Rassisten oder Neonazi bezeichnen und ihn in die rechtsextreme Ecke stellen. Seine

## SD-Marktplatz

**Suchen Sie etwas?** (ein Handörgeleli oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie uns Ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text soll **kurz**

**und aussagekräftig** sein! Diese **Kleininserate** erscheinen max. 2-mal im «Schweizer Demokrat» und sind für die SD-Familie **gratis**. Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktaufnahme die **Telefonnummer** des/der Auftraggebers/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail). Bei ganz persönlichen Dingen ist ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In diesem Fall bitte Ihrer Briefsendung an uns Fr. 10.– (Note) beilegen. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

**Kontaktadresse:** SD-Marktplatz, Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15  
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt möglich auf  
[www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch)

### Wer sucht, der findet!

#### ZU VERKAUFEN:

**Allein stehendes Einfamilienhaus** in Herznach (Fricktal, AG), Bj. 1963, 5 ½ Zimmer auf zwei Etagen, 2 Küchen. Nebenstehend Hobbywerkstatt, Bj. 1986, ca. 50 m<sup>2</sup>, Garten, Velohäuschen. Grundstück 1194 m<sup>2</sup>. Preis Fr. 680 000.–. Bei Bedarf kann noch 991 m<sup>2</sup> anschliessendes Bauland dazugekauft werden. Louis Müller, Alte Landstr. 15, 5027 Herznach, **Telefon 061 878 11 48**

**Haus-Sauna** mit allem Zubehör. Kann mit normalem Personenwagen abgeholt und transportiert werden (kann in einem Badezimmer aufgestellt werden). Mit Elektro-Anschluss. Preisgünstig! Region Bern, **Telefon 031 931 46 33**

**Bio-Knospen Olivenöl und Schweizer Essig** von Waldkirch SG, Region Ostschweiz, **Telefon 071 244 72 76** oder [thomas-fischer@bluewin.ch](mailto:thomas-fischer@bluewin.ch)

#### GESUCHT:

**Berner, seit Pensionierung in der Romandie lebend**, wünscht Kontakt zu patriotischen Deutschschweizer Kreisen (da mangelhaft französisch sprechend). Meine Interessengebiete: Politik, Alpinismus, Skitouren, Waffensammeln, Reisen weltweit – speziell aber Lateinamerika, klassische Musik, Literatur. Region Montreux, **Telefon 079 517 82 60**

**Suche Musiker für Mundart-Rockband**, Schlagzeug, Bass, Gesang, Raum ZH/Innerschweiz, Kontakt: **«Mundart», Postfach 1951, 8027 Zürich**

Nette Menschen, die ein Streifenhörchen haben oder Menschen, die **Streifenhörchen** züchten. **Telefon 079 239 47 39**, abends ab 21 Uhr am besten erreichbar

**Sammle in meinem kleinen Museum Schweizer Produkte aus früherer Zeit**, oft mit einem Armbrustsymbol gekennzeichnet.

Gerne Artikel, die man in einem Haushalt benutzte: Verpackungen, Büchsen, Reklame, Zeitschriften, Werkzeuge... einfach alles! Kanton St. Gallen, **Telefon 079 787 69 54** oder [wiedemerma@postmail.ch](mailto:wiedemerma@postmail.ch)

Suche **ausgedientes Militärmaterial**, St. Gallen, **Telefon 079 639 06 07** oder [roland.uhler@bluewin.ch](mailto:roland.uhler@bluewin.ch)

**Kaufe von privat altes Spielzeug vor 1970** (Eisenbahnen, Autos, Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten usw.) auch alte Spielzeugautos aus Holz mit Reklame (z.B. Migros, PTT, Maggi, Coop u.ä.), sowie alte Ansichtskarten vor 1950. Stadt Zürich, **Telefon 079 643 55 64**

#### ZU VERSCHENKEN:

**4 Bierfässer**, auch geeignet für Gartensitzplatz. Müssen abgeholt werden. Region Bern, **Telefon 031 931 46 33**

**1 Sammlung elektrischer Rasierapparate**, hauptsächlich «Philips» und «Braun» und **1 Ton-Vase**, 50 cm hoch, geeignet in Park oder Garten, Region Luzern, **Telefon 041 280 52 17**

#### STELLENSUCHE:

**CH/ZH, 52, suche Arbeit** als Lagerist, Magaziner, Druckereiarbeiter, Hilfsschreiner, Maschinist, Wächter, Zeitungsverträger. Vollzeit oder Teilzeit möglich; Fr. 3000.– monatlich oder Fr. 20.– pro Stunde. In der Probezeit nach Absprache. **Telefon 076 436 95 09**

Gelernter, berufserfahrener **Schlosser**, 51, sucht neues Wirkungsfeld in Basel oder Umgebung. Auch als Monteur annehm. **Telefon 079 446 83 45**

#### ALLERLEI – NUOVO, NUOVO:

**I Democratici Svizzeri sbarcano in Ticino**. Se sei interessato a collaborare a questa interessante iniziativa... scrivimi o telefonami... aspetto una tua chiamata. **Riccardo**

**Valsangiacomo, cp 292, 6834 Morbio Inferiore**, [ric.valsa@sunrise.ch](mailto:ric.valsa@sunrise.ch), **Telefono 076 595 21 53**

#### REISEN/WANDERN:

**SD-Pensionierte, die gerne wandern (ganze Schweiz)**. Später eventuell Gründung einer Wandergruppe. Wer macht mit? Aus der Region Berner-Oberland **Telefon 033 951 36 74**

#### BEKANNTSCHAFTEN:

**Hübsche Schweizerin**, etwas mollig, lange, dunkle Haare, braune Augen, nettes Gesicht, fröhlich, temperamentvoll, verständnisvoll, zärtlich, treu und Nichtraucherin, sucht **lieben, treuen Mann**, Alter 25 bis 55 Jahre. **Telefon 079 239 47 39**, abends ab 21 Uhr am besten erreichbar

**Traumfrau** zwischen 25 und 40, gepflegt, häuslich, hübsch, möglichst NR, in der Ostschweiz? Gesucht von einem Berner, gross, schlank, gut aussehend, im Kanton St. Gallen wohnend. Welche Sie getraut sich? [doeschwoo@bluewin.ch](mailto:doeschwoo@bluewin.ch) oder mit Briefpost an **Chiffre-Nr. 51, SD-Marktplatz, Postfach 1531, 4001 Basel**

#### AUSSTELLUNGSHINWEIS:

**Kälte, Hunger, Heimweh – Sowjetische Kriegsgefangenschaft 1941–1956**

Zwischen 1941 und 1945 gerieten etwa 3,5 Millionen Angehörige der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS in russische Kriegsgefangenschaft. Darunter befanden sich auch Schweizer und Auslandsschweizer, die sich aus unterschiedlichen Gründen freiwillig für den Kriegseinsatz gemeldet hatten... Zum Thema «Gefangen- und Lagerleben» findet eine interessante Ausstellung statt, die noch bis zum 15.03.09 geöffnet bleibt (jeweils Montag geschlossen). Wo: **Historisches und Völkerkundemuseum**, Museumstr. 50, 9000 St. Gallen, [www.hmsg.ch](http://www.hmsg.ch)

### Die Europäer – Museumsstücke

Fortsetzung von Seite 7

Ausführungen und Thesen sind sachlich und durch Quellenhinweise gut belegt, wobei trotz der Ernsthaftigkeit der Thematik eine kleine Dosis Humor nicht ausgeschlossen bleibt: «Angesichts seiner schrumpfenden Bevölkerung wird Europa (jedenfalls beträchtliche Teile Europas) möglicherweise zu einem kulturellen Themenpark für betuchte Besucher aus China und Indien werden, zu einer Art Disneyland auf kulturell hohem Niveau – eine Art Brügge, Venedig, Versailles, Stratford-on-Avon und Rothenburg ob der Tauber. Dieses Europa wäre ein Europa der Fremdenführer, Gondolieri und Übersetzer: «Und hier, meine Damen und Herren, sehen Sie die Schauplätze einer hochentwickelten Zivilisation, die einst in der Welt führend war. Sie schenkte uns Shakespeare, Beethoven, den Wohlfahrtsstaat und viele andere schöne Dinge...» (S. 19) Wandelt sich die Schweiz zu einem einzigen Ballenberg-Museum oder

«Suisse miniature» wie in Melide TI, aber im grossen Stil?

Hat sich diese für Europa so folgenreichere Vermischung mit Völkern aus uns völlig fremden Kulturkreisen einfach so ergeben oder ist sie das Ergebnis sorgfältiger Planung von hinter den Kulissen agierenden anonymen Drahtziehern?

Die erwähnte Zeitung «Rivarol» zitierte diesbezüglich eine Aussage von düsteren Zukunftsaussichten des amerikanischen Generals Wesley CLARK, ehemaliger Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte während des Krieges gegen Ex-Jugoslawien im Frühling 1999. Dieser erklärte in einem CNN-Interview: «Vergessen wir nicht den Ursprung des Problems (Kosowo-Konflikt!): Es soll für nicht vermischte Völker in Europa keinen Platz mehr geben. Die nicht gekreuzten Völker gehören zu den überholten, nicht mehr gültigen Ideen des 19. Jahrhunderts. Um ins 21. Jahrhundert einzutreten, dürfen nur noch multi-ethnische Staaten existieren.» Kein Wunder, dass unsere Medien davon nichts verlauten liessen! *Max Morf*



Gedanken von Hans Spitz zu den

## Ungereimtheiten des aktuellen, politischen Geschehens

Zur Eröffnung des Abstimmungskampfes zu unserem Referendum gegen die Personenfreizügigkeit lobte Jean Daniel Gerber, Direktor des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco), die positiven Wirkungen der Personenfreizügigkeit über den grünen Klee. Dank ihr habe die Wirtschaft 240 000 neue Arbeitsplätze in den letzten Jahren geschaffen. Welch ein Segen!!

Und gleichzeitig wurden pro Jahr rund 40 000 neue Wohnungen gebaut und die Zahl der ständigen Einwohner ist auf über 7,5 Millionen Menschen angewachsen und es wird in unserem Ländli enger und enger; die Infrastruktur-Aufgaben wachsen und wachsen und neuestens kündigen die SBB an, dass sie demnächst an ihre Leistungsgrenzen stossen werden (trotz neuer Zugkompositionen für 2,5 Milliarden Franken und unfallträchtiger Verdichtung des Fahrplanes). Aber, Hauptsache, die Wirtschaft wächst! Wie lange noch?

Die weltweite Finanzkrise hat bereits die Grossbanken UBS und sehr bald wohl auch die CS zu Bittstellern um staatliche Hilfe degradiert und still und leise wird Personal abgebaut – über Frühpensionierungen, über Mobbing und auch über reguläre Kündigungen. Der Blick auf die Börsenkurse zeigt, dass die gesamte Exportwirtschaft (mit wenigen Ausnahmen) wöchentlich an Wert verliert und fast überall wird auf eine sich rapid verschlechternde Auftragslage verwiesen.

Es braucht keine prophetische Gabe um vorauszusehen, dass die Exportwirtschaft durch die weltweite Finanzkrise massiv leiden wird und wohl zwangsläufig über den ersten Schritt der Kurzarbeit zum Abbau von Arbeitsplätzen gezwungen werden wird. Die Autoindustrie und deren Zulieferbetriebe zeigen schon jetzt den Gang der Dinge auf.

Es ist voraussehbar, dass die meisten der Hunderttausenden von Einwanderern des letzten Jahrzehnts auch bei steigender Arbeitslosigkeit hier bleiben werden; denn in ihren Herkunftsländern dürften die Folgen der Finanzkrise eher schlimmer werden als bei uns.

So bleiben uns der überlastete Lebensraum, die steigenden Soziallasten und Infrastrukturkosten und wohl auch die zunehmenden Spannungen zwischen den sich bildenden Parallel-Gesellschaften (insbesondere der nicht integrationswilligen Muslime!).



*Die Federal Reserve Bank in den USA hat erhebliche Probleme, die sich weltweit auswirken.*

Hauptsache – die Wachstumsprofiteure konnten tüchtig absahnen! Ich meine damit nicht nur die gewissenlosen Bank-Manager, sondern auch die Bauspekulanten, Baulandverhüter und die «Wohltäter» aus dem Kreis der Grossverteiler und Umverteiler, sowie die Gutmenschen-Industrie.

Als 1964 – also vor 44 Jahren die Nationale Aktion gegründet wurde und sie in ihrem ersten programmatischen Papier auf den Unsinn des wilden Wirtschaftswachstums und der massiven Einwanderung aufmerksam machte, wurde sie vor allem von bürgerlicher Seite massivst geprügel. Die Unterschiebungen der Xenophobie, der Ausländerfeindlichkeit und des Fremdenhasses verfolgten sie über Jahrzehnte. Blut- und Bodenpolitik und Nähe zum Nationalsozialismus waren Totschlag-Argumente, die auch von BGB-Vertretern hemmungslos verwendet wurden. – Und nun lesen wir von einem Exponenten der SVP – der Nachfolge Partei der BGB, von Herrn Prof. Eduard Stäubli in der «Schweizerzeit» vom 14. November 2008 die folgende Erklärung (Zitat):

**– Bis im Jahre 2030 wächst die Bevölkerung der Schweiz um über neun Prozent auf 8,4 Millionen Einwohner. Und sie wird älter: Ein Viertel der Bevölkerung wird dann über 65 Jahre alt sein. Das hat das Bundesamt für Statistik berechnet. Heute wohnen 7,59 Millionen Menschen in der Schweiz (das sind 84 800 mehr als im Vorjahr 2007).**

**– Mit der Zunahme der Bevölkerung wächst auch der Bedarf an Bauland. In der Schweiz wird jede Sekunde ein Quadratmeter Bauland verbraucht. 8,4 Millionen Einwohner, das bedeutet auch 22 Milliarden Kilowattstunden Energie-Mehrverbrauch, 300 000 Autos mehr, 210 000 Tonnen mehr Siedlungsabfall pro Jahr. Wie wird**

**das einmal enden? Ewig kann das doch nicht so weitergehen. Die Aufnahmefähigkeit unseres Landes hat doch ihre Grenzen.**

**– Warum nehmen eigentlich die Parteien, das Parlament und der Bundesrat keine Kenntnis von diesen Problemen, die auf uns zukommen?**

Diese Frage stellen wir uns seit 44 Jahren! Wir können Herr Prof. Stäubli nur zustimmen. Seit den siebziger Jahren, als unsere Initiativen für einen Stopp der Einwanderung gebodigt wurden, ist unglaublich viel Substanz unseres Landes zerstört worden, die Auslandsabhängigkeit enorm angestiegen und viele kulturelle Werte sind verloren gegangen. Nicht zuletzt mit Hilfe der Einwanderer – aber organisiert und finanziert durch die Mächtigen der Wirtschaft und der Politik. Späte Einsichten sind zwar immer erfreulich – die Schäden, die wegen des Zeitverzuges entstanden aber endgültig!

**Daniel Zuberbühler**, der Direktor der eidgenössischen Bankenkommission hat sich gehörig in die Nesseln gesetzt. Noch bevor das Parlament das Hilfspaket von 68 Milliarden Franken zu Gunsten der UBS genehmigt hat, verkündete er am 22. November, dass der Bund (d.h. wir Steuerzahler) der UBS mit weiteren 10 Milliarden Franken (so wurde es angedeutet) wird beispringen müssen.

Die UBS sei zu gross und zu wichtig, um unterzugehen, so wird argumentiert. Dabei hat diese Grossbank kräftig im internationalen Wirtschaftskrieg mitgemischt und ist dabei jetzt auf dem «Schlachtfeld der (Un-) Ehre» gefallen. Statt nun diese Helden aus der Schule von «West Point» und der «Ecole de guerre économique (EGE)» sterben zu lassen, werden sie auf der Intensivstation des Staates mit unserer unfreiwilligen Unterstützung wieder hochgepöppelt. Die Manager sollen weiterhin Infusionen bis zu 10 Milliarden Franken pro Jahr in Form von Boni erhalten... Sind eigentlich die Angehörigen der Führungsebene völlig verrückt geworden, so frage ich mich. Was braucht es noch um einzusehen, dass die Globalisierung der Wirtschaft, der Freihandel und der Glaube an das Papiergeld zusammen mit der Verschleuderung unersetzlicher Güter der Natur in einem Fiasko münden muss?

**Da helfen weder die Überflutung der Märkte mit wertlosen Papierdollars, noch das panische Fest-**

**klammern an den Ideen der freien Wanderung der Menschen, der Warenströme und des Finanzkapitals.**

**Das Ganze halt – rechtsumkehrt – vorwärts marsch – müsste jetzt das Kommando der Wirtschaftskrieger lauten.**

**Neues Ziel – Vernunft, Gerechtigkeit für alle, Schluss mit Herrschaftsansprüchen!**

**Geschlossene Kreisläufe in der Produktion – statt lineare offene Produktionsmethoden!**

**– Schaffung eines auf realen Werten basierenden Finanzsystems!**



*Seit über 40 Jahren kämpft die SD/NA gegen die massive Zuwanderung und Überfremdung.*

**Mit den Vertuschungsmanövern des Zusammenbruchs einer Weltwirtschaftsordnung auf der Basis der Idee eines Dauerwachstums und des «fiat money», mit den kriminellen Methoden der Unternehmen in einer globalisierten Wirtschaft kommen wir nicht mehr aus dem Schlamassel. Es ist Zeit, die Konsequenzen zu ziehen!**

*Hans Spitz, Köniz*

### Aus der Basler Zeitung:

«Frau Roth, I sott e Bolle setze!» rief der Rolfli, und will zem Kindsgü ussetze.

«Halt Rolf: Du musst jetzt Hochdeutsch schwatzen, dann tu ich dir zulosen!»

«Frau Roth ich teile mit: Der Bollen isch scho in den Hosen!»

### und von der Mainzer Fasnacht:

«Jetzt warte ich nur noch darauf, dass in unseren Schulen in der Mathematik das Plus-Zeichen verboten wird, weil es die Islamisten an das Kreuz erinnern könnte.»

## Bringt die Massenmigration keine Unruhe?

Am vergangenen 12. Dezember fand in Zürich ein Symposium, eine wissenschaftliche Zusammenkunft mit Diskussion zum Thema «Die Unruhe unserer Zeit» statt, die sich hauptsächlich an Hausärzte und Psychiater richtete und von der Pharmafirma Pfizer gesponsert wurde. Es sprachen eine Reihe von Medizinprofessoren und Ärzten, deren Vorträge fachtechnisch waren und keine politische Relevanz hatten, etwa mit Ausnahme desjenigen von Prof. Dr. med. Norman Sartorius, ehemaliger Direktor der Weltgesundheitsorganisation in Genf, der die weltweite Schrumpfung des Mittelstandes beklagte. Ausserdem sprach auch ein Philosoph, der Berliner und Professor an der Universität Erfurt, Dr. phil. Wilhelm Schmid. Dieser brachte es zustande, bei seiner Beschreibung der Modernen (und, nach gewissen Autoren, «Postmodernen») zu reden, ohne auch nur ein Wort über die zeitgenössische Massenmigration zu verlieren! Hat er denn noch nie etwas vom medizinisch bedeut-



samen ethnischen, sprachlichen, nationalen, kulturellen und religiösen Entwurzelungssyndrom gehört? Ist es denn tatsächlich so, dass solche Leute ihre ganze Zeit eingeschlossen in ihrem berühmten Elfenbeinturm verbringen? Der Unterzeichnete kritisierte anschliessend gebührend diesen Punkt in dessen Ausführungen, löste damit aber keine weitere Diskussion aus.

Jean-Jacques Hegg,  
e. Nationalrat

### Kanton Zürich

SD-Vorstoss im Zürcher Gemeinderat vom 7. Januar 2009

## Illegale Ausländer ausschaffen!

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie öffentliche Zusammenrottungen illegal im Lande weilender Ausländer jeweils sofort aufgelöst sowie die Teilnehmer eingehend kontrolliert und – wenn sie tatsächlich illegal in der Schweiz sind – umgehend ausser Landes geschafft werden können.

### Kurzbegründung:

Es kommt offensichtlich insbesondere in der Anonymität der Grossstadt Zürich immer öfter vor, dass Ausländer jahrelang illegal hierbleiben, sich verstecken und allfällige behördliche Wegweisungsverfügungen einfach ignorieren. Dieser Zustand wird von behördlicher Seite ganz offen toleriert, dies teils mit der Begründung, ein Durchgreifen wäre «unverhältnismässig», teils auch, weil eine Ausschaffung der illegalen Aufenthalter angeblich «nicht möglich» ist. Beides ist völlig abwegig. Der illegale Aufenthalt in der Schweiz ist zwar rein strafrechtlich betrachtet kein sehr schweres Delikt, schadet aber, wenn die Zahl der Täter zunimmt, unserem Staat insgesamt ganz erheblich. Die Illegalen belasten uns

als soziale Trittbrettfahrer finanziell. Sie verschlimmern die Überbevölkerung und Überfremdung unseres kleinen Landes noch beträchtlich. Sie treten mittlerweile ganz unverblümt mit frechen, arroganten Forderungen nach einem «Bleiberecht» an die Öffentlichkeit, verlangen – und das auch noch mit Erfolg! – «Verhandlungen» mit den hiesigen Behörden und untergraben damit die Souveränität und Autorität des Staatswesens. Dabei haben sie von Gesetzes wegen keinesfalls ein «Bleiberecht», sondern im Gegenteil eine Pflicht, umgehend von hier zu verschwinden. Nachdem die Schweizergrenze mit ihren ca. 2000 Kilometern offenbar lang genug ist, damit sich immer mehr Illegalen ins Land einschleichen können, müsste dort eigentlich auch genug Platz sein, um sie auf demselben Weg wieder loszuwerden, wenn sie sich einer geregelten Ausreise widersetzen bzw. eine solche aus irgendwelchen Gründen nicht möglich ist. Nur wenn endlich umfassend durchgegriffen wird, hört die schleichende Kolonisation der Schweiz durch unerwünschte Eindringlinge auf.

Im Zürcher Gemeinderat vorgetragen:

## Persönliche Erklärung von Patrick Blöchlinger (SD)

Seit mehreren Wochen hängt, von gewissen Medien wohlwollend orchestriert, eine Gruppe von sogenannten



«Sans-papiers» – gemeint sind illegal anwesende Ausländer, welche die Schweiz schon längst hätten verlassen müssen – in Zürcher Kirchen herum und stellt freche

Forderungen an die Behörden. Wir Schweizer Demokraten protestieren in aller Schärfe dagegen, dass die Stadtbehörden so etwas bis heute zugelassen haben – und wahrscheinlich auch beim heute, 7. Januar 2009, angekündigten Abzug aus der St.-Jakob-Kirche nicht handeln –, statt die Zusammenrottung von Illegalen sofort aufzulösen und dafür zu sorgen, dass diese renitenten und unverschämten Eindringlinge endlich aus dem Land geschafft werden.

### Noch mehr Billigkonkurrenz für unser Gewerbe?



### Noch mehr Kriminalität durch den Zustrom von Verbrecherbanden?

### Kanton St. Gallen

## In Memoriam Paul Hell

Wir trauern um eines unserer ältesten Mitglieder, Paul Hell, Jahrgang 1915, der von Beginn an aktiv war in unserer Partei. Er und einige andere aufrechte Schweizer Bürger sahen in unserem Land viel Gefahr und Ungemach entstehen. So gründeten sie 1967 unter dem Vorsitz von James Schwarzenbach die kantonale «Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» (heute: Schweizer Demokraten).

Paul Hell war ein engagiertes Mitglied und setzte sich unermüdlich für Volk und Heimat ein. Dieses Land kannte er aus vielen Blickwinkeln, war er doch ein hervorragender Bergsteiger und Kletterer, dem sogar mehrere Erstbesteigungen in der Schweiz gelangen und dem einige Bergkameraden ihre Rettung aus Fels und Schnee zu verdanken haben. Bis vor wenigen

Jahren hat er den Engadiner Skimarathon mitgemacht.

Mit Freude hat er jeweils von seiner Tätigkeit als Lokführer bei den SBB erzählt, von seinen Kollegen, seiner Mitgliedschaft im Sängerverein, von Zusammentreffen mit Bahn- und Bergfreunden aus aller Welt. Besonders aber lag ihm seine Familie am Herzen. Im Alter machten ihm einige Gelenk-Operationen zu schaffen, doch er blieb immer optimistisch gelassen, verfolgte das Weltgeschehen und war besorgt um die Zukunft unserer Schweiz.

Wir werden Paul Hell, dem aufrechten Eidgenossen und treuen Mitglied unserer Partei, ein ehrendes Andenken bewahren.

SD Kantonalsektion St. Gallen,  
Roland Uhler, Präsident



## Kanton Aargau



# Grossratswahlen vom 8. März 2009

In knapp zwei Monaten finden im Aargau Grossratswahlen statt. Nachdem der Grosse Rat vor vier Jahren erstmals nur noch 140 statt 200 Sitze aufwies, konnten die SD zum zweiten Mal in ihrer Geschichte keinen Sitz erringen (das erste Mal war 1981–1985); sonst hatten wir immer mindestens 3 Sitze. Die SD hatten wegen dieser Wahl beim Bundesgericht Beschwerde eingereicht, weil – bei nur 140 Sitzen – kleinere Parteien kaum noch Chancen auf einen Sitzgewinn hatten. In einzelnen Bezirken brauchte es für einen Sitz einen Wähleranteil von 14,5 Prozent. Das Bundesgericht hatte denn auch entschieden, dass das bisherige Proporzsystem verfassungswidrig ist. Für die Wahl von 2005 war aber die Zeit zu knapp, um ein neues Wahlverfahren zu entwickeln und von Parlament und Stimmvolk genehmigen zu lassen. 2009 finden nun die Wahlen in den Grossen Rat nach dem

### Pukelsheim-System

statt, benannt nach dem deutschen Mathematiker Friedrich Pukelsheim. Dieses Wahlverfahren ist das gerechteste Wahlverfahren, zählt doch jede Stimme gleich viel, unabhängig von der Grösse der Wahlkreise. Im Kanton Zürich wurde dieses Wahlverfahren schon bei Gemeinderats- und Kantonsratswahlen angewendet, dort allerdings mit einer Sperrklausel, wonach nur Parteien wählbar waren, die in mindestens einem Wahlkreis die Unterstützung von mehr als 5 Prozent der Stimmenden erhielten; das Pukelsheim-Verfahren war also ad absurdum geführt, weil eben das Prinzip «jede Stimme zählt gleich» (one man one vote) nicht mehr galt. Im Kanton Aargau wurde deshalb auf eine solche Sperrklausel verzichtet. Es braucht also 0,72 Prozent der Stimmen, um einen Sitz zu erhalten.

**Wir Schweizer Demokraten könnten bei zirka 2 Prozent Wähleranteil mit 3 Sitzen im neuen Grossen Rat rechnen.**

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir aber in möglichst vielen Bezirken kandidieren. Das haben wir beinahe erreicht: nur im kleinsten Bezirk Muri sowie im Bezirk Brugg konnten wir keine Kandidaten finden. In den übrigen neun Bezirken stellen wir mindestens je zwei Kandidaten/-innen.

Wünschenswert wären 5 Sitze, damit wir eine eigene Fraktion bilden können. Man hat dann Einsitz ins Büro des Grossen Rates und kann in Kommissionen mitarbeiten. Die Wahlen vom 8. März 2009 bieten den SD Aargau eine einzigartige Gelegenheit wieder ins Kantonsparlament einzuziehen.

### Packen wir diese Chance!

*Dragan Najman, Baden*



### Aufruf an unsere Wähler

Wir appellieren an unsere Mitglieder und Sympathisanten, bei den kommenden Grossratswahlen unbedingt wählen zu gehen und zwar mit unserer wenn möglich

### unveränderten Liste 7!

Ermuntern Sie auch Ihre Familienangehörigen, Freunde und Bekannten, mit unserer Liste 7 zu wählen...

**Unsere Schweiz  
Unser Aargau  
Unsere Heimat**



**Seit 1961 stehen wir im Einsatz für unsere Heimat!**

Unsere Kandidaten sind bereit, für unseren Kanton und unsere Heimat ihr Bestes zu geben. Wir sind keine Interessenvertreter, sondern ganz einfach Bürger aus dem Volk, die stets in Verantwortung der Heimat gegenüber handeln.

**Wählen Sie deshalb am 8. März 2009 in Ihrem Bezirk mit Liste 7 der Schweizer Demokraten!**

Bezirk Aarau				Bezirk Baden			
7.01	Wagner	René	Hirschthal	7.01	Najman	Dragan	Baden
7.02	Hunziker	Adelheid	Buchs	7.02	Wilhelm	Anita	Neuenhof
7.03	Conod	Jean-Pierre	Aarau	7.03	Egloff	Albert	Bellikon
7.04	Müller	Markus	Gränichen	7.04	Hunziker	Roland	Baden

Bezirk Bremgarten				Bezirk Kulm			
7.01	Schüepp	Xaver	Zufikon	7.01	Kunz	René	Reinach
7.02	Fischer	Marcel	Dottikon	7.02	Aeschbach	Kurt	Dürrenäsch
				7.03	Keppler	Renata	Schöffland
				7.04	Müller	Urs	Schöffland
				7.05	Riedweg	Johann	Reinach

Bezirk Laufenburg				Bezirk Lenzburg			
7.01	Suter	Emanuel	Gipf-Oberfrick	7.01	Bühler	August	Staufen
7.02	Bircher	Daniel	Rheinsulz	7.02	Gautschi	Beatrice	Hallwil
7.03	Suter	Dominik	Gipf-Oberfrick				

Bezirk Rheinfelden				Bezirk Zofingen			
7.01	Rentsch	Peter	Möhlin	7.01	Graber	Jakob	Brittnau
7.02	Reiniger	Thomas	Wegenstetten	7.02	Bossard	Markus	Safenwil
7.03	Simonella	Geremia	Möhlin	7.03	Schär	Rudolf	Uerkheim
7.04	Hasler	Marco	Möhlin				

Bezirk Zurzach			
7.01	Wiederkehr	Lidwina	Rekingen

**Unterstützen Sie unseren Kanton und unsere Heimat:  
Entscheiden Sie sich deshalb für die unveränderte Liste 7!**

## Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

### Billigarbeiter!

Personenfreizügigkeit bedeutet:  
– Noch mehr Fremdarbeiter in unserem Land.  
– Noch mehr Sozialleistungen, aufgebracht durch den Steuerzahler.  
– Noch mehr Kriminalität und Drogenhandel.  
Die Jungen Leute bei uns werden kaum noch Arbeit finden. Die Arbeitslosigkeit wird ansteigen. Was

geschieht mit all diesen Leuten? Wirtschaft und Befürwortern geht es darum, vermehrt «Billigarbeiter» einzuschleusen. Unserer Wirtschaft wird es nicht besser gehen, wie dies stets behauptet wird. Die Nebenwirkungen werden noch mehr Probleme bringen, welche wir Bürger zu tragen haben.

**Deshalb ein klares NEIN am 8. Februar!** *Otto Vogt, Wetzikon*

#### Personenfreizügigkeit:

### Nein zur verknüpften Vorlage!

Vor noch nicht allzu langer Zeit, hatte der Bundesrat versprochen, die Stimmbürgerschaft dürfe selbstverständlich separat, über neue Verträge mit weiteren EU-Staaten abstimmen. Das Parlament wollte dies nicht akzeptieren und kreierte die, an feiger Abgeschlossenheit kaum zu überbietende «Verknüpfung» der beiden unterschiedlichen Vorlagen über die Weiterführung einerseits und der Ausdehnung andererseits.

In demonstrativer Angstmacherpropaganda wird den Leuten immer wieder eingeschrieben, dass bei einem Nein zu dieser Vorlage, das gesamte Vertragswerk von der EU gekündigt werde.

Diese Befürchtung hat jedoch keinen einzigen Tropfen Wahrheitsgehalt: Der EU sind ihre Interessen an der Schweiz, der Zusammenarbeit in der Forschung, des nur allzu billigen Transit- und Privatverkehrs durch den Gotthard und vor allem das Zinsbesteuerungsabkommen, bei dem sich die Schweiz als Geldeintreiber für die verschiedenen EU-Länder verpflichtet hat, zu wichtig, als dass sie sich es leisten könnte, unser Land zu drangsaliieren.

#### Rezession = viele Arbeitslose!

Seit den letzten 12 Monaten hat die Zahl der Asylgesuche unter der neuen Justizministerin schweiz-

weit um dramatische 37 Prozent (!) zugenommen. Im Vergleich zum Jahr 2007 hat die ständig hier lebende Bevölkerung um 84 000 Personen zugenommen. Nun wird versprochen, die Löhne würden 2009 branchenspezifisch zwischen 2 und 3 Prozent steigen, dies nota bene trotz vorhersehbarer weiter anhaltender Rezession. Diese Rechnung kann niemals aufgehen! Bedenkt man, dass aus den Billiglohn- und Korruptionsländern Rumänien und Bulgarien auch Selbstständige OHNE gültigen Arbeitsvertrag in der Schweiz aufgenommen werden, so sind unsere Sozialwerke und die Arbeitslosenkasse keineswegs sicher vor einer erneuten und noch stärkeren Ausplünderung.

Schlussendlich müssen all die Fehlentscheide des Parlamentes und der Economiesuisse später durch den Steuerzahler berappt werden; ähnlich wie bei den vielen Fehlkalkulationen der UBS.

Aus der Gewissheit heraus, dass die Schweiz jederzeit – auch ohne neue verpflichtende Verträge – diejenigen Arbeitskräfte aus dem Ausland, die sie braucht, rekrutieren kann, ist ein beherztes **NEIN am 8. Februar 2009 zum Doppelpaket Personenfreizügigkeit** dringend zu empfehlen!

*Marcus Stoercklé jun., Basel*

### Volle Freizügigkeit?

Die Schweiz hat die USA als bevorzugtes Land für deutsche Auswanderer längst abgelöst. Wurden im Jahre 2005 laut Bundesamt für Statistik aus unserem nördlichen Nachbarland 14 815 Einwanderer in unserem Land registriert, – waren es letztes Jahr fast 40 000 Deutsche. Grund: Im Jahr 2004 hat die Schweiz ihre bis anhin strengeren Einwanderungsbedingungen gelockert und EU-Bürgern die volle Freizügigkeit gewährt.

Höhere Löhne, eine Arbeitslosenquote von weniger als 2,3 Prozent und gediegener Lebensstandard sind im Ausland allseits bekannt! Viele Professoren an eidgenössischen Hochschulen kommen aus dem grossen Nachbarland. Immer

mehr Ärzte und Krankenschwestern sprechen Hochdeutsch, selbst die Serviertochter vom «Alpenrösli» im Kemmeriboden erkundigt sich bisweilen mit sächsischem Zungenschlag nach den Wünschen des Gastes. Von den 7,5 Millionen Einwohnern besitzen über 22 Prozent keinen Schweizerpass. In Europa haben nur noch die beiden Kleinstaaten Luxemburg und das Fürstentum Liechtenstein höhere Ausländeranteile. Jeder vierte Erwerbstätige zwischen Boden- und Genfersee ist ein Ausländer. So darf es nicht weitergehen! **Darum stimme ich am 8. Februar NEIN zur EU-Personenfreizügigkeit.**

*Hans Jörg Fischer,  
alt Kantonsrat SD, Forch, Zürich*

### A propos Menschenrechte

Immer häufiger wird von realitätsfremden Richtern die Menschenrechtskonvention dazu missbraucht, die Menschenrechte der Normalbürger zu verletzen. Jüngstes Beispiel: Ein 27-jähriger Türke kam während Jahren regelmässig mit dem Gesetz in Konflikt. Das Urteil lautete auf über ein Jahr Haft und anschliessender Ausweisung. Dieser gelangte an den Europäischen Gerichtshof in Strassburg. Das Urteil: Die Schweiz hätte mit der Wegweisung dessen Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens verletzt. Damit nicht genug, es wurden ihm noch 3000 Euro als Genugtuung zugesprochen! Eigentlich eine Ermunte-

rung, weitere Delikte zu begehen. Aber: Haben die Normalbürger keine Menschenrechte, z.B. Schutz vor Straftätern? Ermöglicht das Urteil nicht eventuell sogar weitere Straftaten? Offenbar liegen den Strassburger Richtern primär «Menschenrechte» und Wohlergehen von Straftätern, weniger der Allgemeinheit, am Herzen. Unsere Obrigkeit wäre gut beraten, die Einbindung der Schweiz in internationale Organisationen realistisch zu überprüfen. Als souveräner Staat brauchen wir keine fremden Richter. Wir haben überdies selbst welche, die zum Nachteil unseres Landes skurrile Urteile fällen!

*Otto Weiersmüller, Uetikon*

### Zur Senkung des Milchpreises

In meinen Augen wird der Bauernstand in einer subtilen Art ruiniert. Angestrebt wird ja von einem grossen Teil der Classe Politique eine Industrialisierung der Landwirtschaft. Dann könnte die Qualität auf eine herabgesetzte Norm gebracht – und ein Monopol mit all seinen Nachteilen errichtet werden. Man frage sich einmal, was ein Milchpreisabschlag von zirka 9 Rappen (pro Kilogramm Milch)

für einen Bauernbetrieb verdienstmässig Ende Jahr bedeutet? Vorteile für die Konsumenten – wohl kaum! Qualitätsmilch soll doch ihren Preis Wert sein. Dass «Emmi» dieses Spiel durchzieht, verwundert mich nicht, aber dass «Denner» da mitmacht, kann ich nicht verstehen. Ich werde in Zukunft einen grossen Bogen um Denner-Filialen machen...

*Waldemar Greber, Acquarossa/TI*

#### Bundesbern verwöhnt Ausländer in der Schweiz und lässt Schweizer im Ausland im Stich

Ein unbescholtener Schweizer gerät in den USA ins Kreuzfeuer zwischen Wirtschaftskriminellen und korrupten Behörden, die ihn erbarmungslos und ungestraft terrorisieren. Am Ende ist er bankrott und muss das Land fluchtartig verlassen. – Die beedigte, wahre Erzählung von Harry Burger bestätigt den Zerfall der US-Rechtsstaatlichkeit und enthüllt das ungeahnte Ausmass des amerikanischen, organisierten Verbrechens.

Harry Burger, «Im Schatten der US-Mafia», 164 Seiten, www.bod.de – ISBN 9783833436765





## Une bataille de plus



Mary Meissner,  
Vernier

Cette fois-ci face à la récession que d'aucuns appellent déjà déflation mondiale, la votation tordue pour faire place nette aux Bulgares et aux Roumains à travers la consolidation des bilatérales, aura-t-elle une chance d'être acceptée par le peuple suisse pas encore atteint du syndrome angoissant du chômage massif ou de l'écroulement de leurs revenus. Les sirènes roses rouges susurent déjà que c'est grâce à l'ouverture des frontières Schengen que nous pouvons espérer rester au-dessus de l'écroulement économique financier qui menace les sociétés humaines, sans qu'elles soulignent en même temps le chaos multiculturel et le changement de mentalité typiquement helvète nous permettant de nager à contre courant, tendance qui submergera notre suissitude. D'une part nous avons les travailleurs intelligents qui disent NON à l'arrivée sans entrave de concurrents affamés d'occidentalisme, et de l'autre les pressions faites par l'U.E. qui lorgne avec envie vers nos millions qu'eux n'ont plus. Alors, faisant appel à leurs membres qui, contrairement à ce que nous croyons ne laissent pas une liberté totale dans le monde du travail, la Commission européenne appelle ceux-ci à lever le plus vite possible leurs sanctions ce qui évitera le travail au noir. Les experts prétendent que ces entraves sont inutiles, vu la crise qui réduira le contingent des travailleurs. Les arrangements transitoires que les 12 pays d'Europe centrale, orientale et méridionale ayant adhéré à l'Union depuis 2004 ont dû conclure avec les quinze sont donc inutiles. Quatre pays (Allemagne, Autriche, Danemark, Belgique) entravent encore l'accès des Polonais, des Tchèques, des Slovaques, des Hongrois, des Slovénes et des Baltes à leur marché du travail. Ils

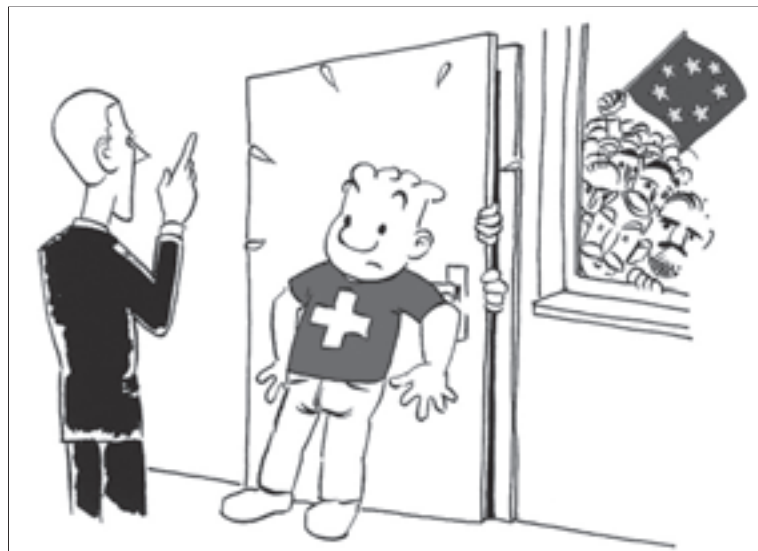
devront décider avant fin avril 2009 de maintenir ou non des restrictions pour une dernière période supplémentaire de deux ans. S'ils le font, ils devront prouver qu'aucune perturbation sérieuse n'interviendra dans leur pays respectif. Nous avons aussi en Suisse cette clause de contrôles sérieux contre tout abus dans la condition ouvrière qui, selon certains a bien rempli sa tâche, et selon d'autres a laissé le champ libre à un laxisme débridé.

Ces quatre pays avec d'autres (France, Luxembourg, Italie, Hongrie Pays Bas, Malte, Grèce, Irlande, Grande Bretagne, Espagne et Portugal) font toujours obstacle à la libre circulation des travailleurs roumains et bulgares, membres de l'UE depuis 2007 et ceci jusqu' fin 2011. Alors de quoi se mêle l'UE vis-à-vis de la Suisse qui se défend exactement de la même manière, et vu les perspectives envisagées par l'Union, se méfie deux fois plus en tant qu'électron libre.

Les membres directeurs de Bruxelles prétendent que c'est grâce à la libre circulation que l'économie est un succès. Oui-dà... jusqu'au krach provoqué probablement par ces portes grandes ouvertes sur toutes sortes d'excès dont beaucoup mafieux, des délocalisations, du chômage, des banques en faillite, des Bourses vacillantes, et des dépressions en masse. Ne regardons pas vers l'Irlande en complète capitotade.

Donc nos travailleurs qui n'ont pas leurs oreilles dans la poche, ont été jusqu'à fonder un comité de travailleurs, pour dire NON en Février à la libre circulation des Bulgares et des Roumains. Ils sont également contre la libre prestation des services, qui remet en cause par la privatisation sectorielle en Europe, les acquis des travailleurs, ainsi que les arrêts de la Cour européenne de justice, lesquels limitent l'application des conventions collectives de travail ainsi que les mesures de lutte et les possibilités de contrôle.

La Commission européenne conteste aussi des dispositions légales suisses qui exigent d'un employeur étranger qu'il annonce huit jours à l'avance, le détachement de travail-



Encore plus d'étrangers – nouvellement de Roumanie et de Bulgarie? – Non à la libre circulation

leurs en Suisse. Egalement contestée l'interdiction de recourir à une entreprise intérimaire étrangère pour détacher des travailleurs en Suisse. Bruxelles prétend que tout cela entrave la libre prestation des services.

Donc vu la mentalité des Bulgares

et des Roumains qui ne pensent qu'à venir profiter des Européens (seulement à Genève on voit des dizaines de Roumains qui font la manche devant nos banques et magasins) il y a de quoi avoir les choccottes. NON en février à l'initiative de la libre circulation de ces gens.

### A tous nos membres une meilleure année

*Les nuages sont noirs au-dessus de la Terre  
L'an nouveau se profile sur un fond de guerre  
Et des larmes de pluie inondent les faubourgs  
Les mines et le sang, de rêves sans retour*

*Mais les rais de lumière s'infiltrèrent en nos demeures  
Redonnant de l'espoir à tous ceux qui se meurent.  
Sous les coups de boutoir de cette propagande  
Qui fait croire qu'on vit au cœur d'une légende.*

*Notre idéal ne peut s'effacer du cosmos  
Notre amour du pays est ancré dans nos os  
Nous lutterons ensemble contre l'adversité*

*Nous resterons unis au sommet des montagnes  
Pour chanter un espoir traversant nos campagnes  
Combattant ceux qui tuent la fidélité*

*De l'Action Nationale et des Démocrates Suisses  
Que l'année 2009 rime avec confiance et sang neuf.*

Mary Varsovie

## La libre circulation menace notre prospérité



Ueli Brasser,  
Président central  
DS, conseiller  
communal,  
Zürich

**La Suisse connaît de loin le taux d'immigration le plus élevé de tous les États industrialisés. La population de notre petit pays s'est ainsi accrue de 74 000 habitants pour la seule année 2007. La libre circulation des personnes avec l'UE en est quasiment l'unique cause. Sa reconduction et son extension à la Bulgarie et à la Roumanie augmenteront encore la pression migratoire, en nous ôtant les moyens de la limiter.**

La libre circulation des personnes avec les quinze premiers États membres de l'UE est une réalité depuis le 1er juin 2007. Ses conséquences sont omniprésentes: tous les mois, des milliers de travailleurs étrangers envahissent notre pays. Malgré les «mesures d'accompagnement», nombre d'entre eux sont prêts à gagner moins, d'où un véritable dumping salarial. En outre, cette immigration massive raréfie et renchérit les logements.

### Pourquoi importer du chômage?

Le taux de chômage de la plupart des pays voisins de la Suisse, ainsi que d'autres États membres de l'UE, est élevé. Leurs habitants

sont donc très tentés d'émigrer. À l'ouverture des frontières le 1er juin 2007, le Tessin a connu une véritable explosion de l'immigration: en quatre mois, quelques 3500 personnes se sont ruées dans le canton pour des emplois de courte durée, surtout en tant que «travailleurs indépendants».

À Genève, le nombre de frontaliers a immédiatement grimpé de plusieurs milliers de personnes. Avec l'extension de la libre circulation à la Roumanie et à la Bulgarie, une nouvelle vague de chômeurs étrangers s'abattra sur la Suisse. Ils s'ajouteront aux plus de 100 000 chômeurs du pays.

### Dumping salarial et pression sociale

La libre circulation permet aux étrangers d'immigrer avec leur famille, aussi nombreuse soit-elle. Certains ne peuvent subvenir à leurs besoins. Ils vivent donc de l'aide sociale dès leur arrivée, alors que cet argent devrait aller à des Suisses. Par ailleurs, de nombreux travailleurs indépendants concurrenceront le marché local.

### L'immigration roumaine et bulgare est problématique

L'immigration en provenance de Roumanie, où une extrême pauvreté est fréquente, notamment chez les «Roms», pose de gros problèmes. Si elle accepte la libre circulation, la Suisse ne pourra guère la refuser en cas d'extension de l'UE aux Balkans. Or la Suisse est très attrayante pour ces émigrés, car de nombreux ressortissants de la région vivent déjà chez nous. Si



*Encore plus de dumping salarial et d'abus des lois sociales au détriment des Suisses? – Non à la libre circulation.*

la Turquie et ses 70 millions d'habitants, principalement musulmans, finit elle aussi par rejoindre l'UE, la Suisse sera mise sous pression pour lui accorder la libre circulation. Notre pays ne pourra supporter l'immigration massive qui en résultera.

Lors des précédents scrutins, le Conseil fédéral a toujours souligné que le peuple pourrait décider librement des futures extensions et que la reconduction de la libre circulation lui serait soumise séparément. Manquant à sa parole et piétinant la démocratie, le Parlement a décidé de réunir les deux objets. Les résultats du scrutin risquent d'être utilisés pour valider les futures extensions (Balkans, Turquie). Aux urnes, donc, car bouter le scrutin, c'est faire le lit des tenants de la libre circulation!

### La reconduction de la libre circulation des personnes et son exten-

châteaux. De plus la mafia russe se spécialise dans l'immobilier et dans ce domaine aussi, il y a lieu de se méfier des grands ensembles qui viennent défigurer nos montagnes. Donc NON au Roms et aux Bulgares ce sera toujours cela de gagné. Quant aux bilatérales en danger... je n'y crois pas. Il y a trop d'intérêts et d'argent en jeu.

### Bruxelles en ligne de mire

Sarkozy se démène comme un beau diable pour terminer sa présidence en beauté. Mais le résultat des votations de l'Irlande ne sont pas encore connus et la Pologne n'a pas dit son dernier mot. Quant à la Slovaquie, elle met le baton, dans les roues de la Croatie et dit NON à son entrée dans l'UE. De toutes façons, il y a 86% des Européens qui selon un eurobaromètre

sion à la Roumanie et à la Bulgarie nous paupérisera. Le chômage augmentera, tout comme la criminalité. Dans tous les pays qui réussissent, des conditions strictes encadrent l'immigration. La raison en est simple: pouvoir choisir les immigrants. L'UE ne dénoncera jamais les bilatérales à cause de la Roumanie et de la Bulgarie, parce qu'elle ne peut se passer de l'accord sur les transports (axe nord-sud). N'hésitez donc plus: votez non à la libre circulation!

Pour davantage d'informations: [www.democrates-suisse.ch](http://www.democrates-suisse.ch)  
Démocrates Suisses (DS), Case postale 8116, 3001 Berne, [info@democrates-suisse.ch](mailto:info@democrates-suisse.ch)

**DS**   
**Démocrates Suisses**

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

### ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.–)  
 Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: \_\_\_\_\_

Prénom: \_\_\_\_\_

Profession: \_\_\_\_\_

Date de naissance: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Signature: \_\_\_\_\_

Téléphone: \_\_\_\_\_

Envoyer à:  
Démocrates Suisses,  
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des  
Démocrates DS  
Suisses**

**Secrétariat central:**  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 974 20 10  
Fax 031 974 20 11  
[info@democrates-suisse.ch](mailto:info@democrates-suisse.ch)  
[www.democrates-suisse.ch](http://www.democrates-suisse.ch)

## Au secours, dites NON!

Une raison de plus pour refuser la libre circulation des Bulgares et des Roumains, c'est le fait avéré que les mafias napolitaines se sont mises en cheville avec les mafias de ces pays connus pour générer des truands issus des groupes tziganes et des trafiquants de drogue infiltrés d'Albanie et de Russie.

Vu la chasse ouverte qu'essaie petitement de faire le gouvernement de Berlusconi aux mafieux de la Camorra napolitaine, de la Ndrangheta calabraise et de la Cosa Nostra sicilienne, les caïds s'implantent inexorablement dans les pays de l'Est et aussi dans les pays de l'Europe. En même temps, de semblables mouvements émergents nigériens et marocains établissent des liens entre tous ces pays. Leurs méthodes varient, se diversifient,



mais toutes tendent à gruger les citoyens contribuables, à voler les États submergés par une autre mafia bancaire encore plus dangereuse et à soutirer des milliards mal surveillés et distribués par des sociétés humanitaires dont les plus grandes se trouvent à Bruxelles. Ne vous demandez pas où ont disparu les milliards mondiaux. Dans la poche des mafieux qui roulent carrosse et habitent dans des

## Au secours, dites NON!

Suite de page 14

re, jugent toujours que l'agrandissement vers douze pays de l'Europe méridionale, centrale et orientale, a affaibli l'UE. Il n'y aura jamais les Etats-Unis d'Europe, car les mentalités sont trop différentes d'un pays à l'autre et l'identité nationale mettra un certain temps pour se diluer dans le métissage qui se poursuit inexorablement.

Nous savons déjà que nous perdons la triste guerre que l'être humain fait à la nature, alors est-il si urgent d'accélérer la dégradation planétaire en dispersant, mélangeant et polluant tout et tous? Les USA ne montrent pas l'exemple dans ce domaine, alors que pour la masse populaire, c'est autre chose, car le métissage se poursuit et devient de plus en plus un amalgame national.

Maria de Seimners

## Les droits de l'homme – Un leurre?

Ce jour anniversaire de sa fondation, l'acte des droits de l'homme signé par un groupe de nations à la fin de la guerre 14-18, fait l'objet aujourd'hui d'une commémoration dont tous les médias se font l'écho. La moitié de la planète s'y est ralliée, l'autre moitié s'en moque ouvertement, tant il est vrai qu'une fois traduits en plusieurs langues, les mots n'ont plus la même signification pour tout le monde. D'abord, les concepteurs sont partis sur une appellation soulignant l'incompatibilité des sexes, ce que d'aucuns maintenant reconnaissent comme des droits humains, car les droits de l'homme ne sont pas les mêmes que ceux de la femme, pourquoi?

Il n'y a pas en mot sur l'excision des fillettes, rien sur les mariages forcés de mineures, et un silence navrant sur la traite des prostituées. Le droit consacré aux enfants n'inclut pas les embryons liquides, ni les nourrissons féminins jetés aux poubelles. Y a-t-il vraiment dans cette charte l'égalité des droits pour tous les êtres humains? D'autres incongruités apparaissent concernant la torture, la peine de mort, l'incarcération, la liberté de parole et de croyance. Le seul fait d'avoir édicté des lois muselières comme la loi Gayssot ou l'art. 261 bis de notre constitution, sont la preuve flagrante de ce mensonge institutionnalisé par une partie des édiles mondiaux. Les erreurs fondamentales existent toujours, l'amélioration du statut des femmes avançant à tout petits pas. L'égalité devant la loi, (devrais-je dire les lois, mélangeant le laïc et le divin) dans trop de pays, bafoue les beaux principes et fait des droits humains un leurre.

### La comédie politique se répand

Elle prend même de l'ampleur et les pages de nos quotidiens exhalent une certaine odeur d'intolérance. Les uns et les autres s'accu-

sent de félonie, de manipulation, de mensonge, un drôle d'échange de politique dégénérant à la mode des talibans. Alors qu'au Palais fédéral en Suisse, les coups de Jarnac se multiplient contre le seul parti vraiment national, qu'en France le venin s'éjecte par micros interposés contre tous ceux qui ne parlent pas comme l'oratrice en lice, les Talibans montrent l'exemple en appelant les citoyens afghans à ne pas participer à l'élection présidentielle en 2009 et à s'unir contre les occupants, à l'occasion de la fête religieuse musulmane d'Aïd-al-Adha.

En somme, les ennemis de l'UDC et de Ségolène, accusent leurs adversaires des mêmes tares totalitaires qui parcourent leurs propres rangs. Les seules personnes qui en profitent sont les journalistes en mal de copie, les pipelettes attirées et les anars toujours en quête d'excuse+our commettre des actes de violence. De toutes manières, qui que ce soit qui gagne dans ces luttes épiques, se retrouvera perdant au bout de son mandat.

Mary Meissner

### En parvourant la presse

## La Raiffeisen perd son aura

Et moi qui croyait avoir été privilégiée d'être cliente de la Raiffeisen depuis 40 ans... puisque c'est la seule banque qui n'a pas joué en bourse des subprimer et qui n'a pas traficotté avec des parasols dorés. Je me suis réjouie trop tôt. A voir son pactole grossir grâce à de nouveaux clients fuyant les banques UBS, Crédit Suisse et Cie, son directeur Pierin Vincent a perdu le sens éthique des valeurs économiques et il est tombé, comme les autres dans cette folie des grandeurs qui veut montrer un statut supérieur, en invitant des subordon-

nés titrés, naturellement pas des secrétaires, à un voyage en jet privé, gueuleton à la clé après avoir assisté à un match de foot, les factures étant payées par nos remboursements d'hypothèques. Le tout avec l'approbation du directeur Franz Marty. J'aurais préféré une petite remise sur le montant des intérêts de mon hypothèque pour pouvoir acheter un cadeau à mes aides ménagères qui elles non plus ne seront jamais invitées par la FSAD. Merci, banque Raiffeisen, vos directeurs ne valent pas mieux que les Ospel et Cie car qui vole un œuf, vole un bœuf.

## Les Kosovars veulent le beurre et l'argent du beurre

La Commune de Carouge soutenue par la socialiste Maria Roth-Bernasconi prend la défense d'une famille kosovar habitant la commune depuis plusieurs années. Le regroupement familial s'est fait en catimini, et le père réfugié, sa femme et ses trois enfants ont reçu une fin de non recevoir et doivent rentrer chez eux. Tollé géométral parce qu'ils se sont intégrés en payant leurs impôts et n'ayant aucune dette. Ce qui est logique les enfants bénéficiant de l'instruction publique... La Suisse sous l'égide de Mme Calmy-Rey s'est démenée comme un beau siable pour procurer aux Kosovars un Etat reconnu

d'emblée par plusieurs pays, des investissements suisses ont permis la reconstruction de villages entiers et des millions de francs suisses d'aide au développement continuent à partir là-bas, alors pourquoi les ressortissants kosovars refusent-ils de rentrer chez eux? Il faut croire que nos efforts pour remettre sur pieds ce morceau de Yougoslavie n'ont servis à rien qu'il est illusoire de remplir un tonneau percé et infecté par la mafia albanaise.

## Mendiants pléthoriques

Comment se fait-il que la majorité des mendiants qui infestent nos rues sont d'origine roumaine. Avons-nous besoin de voter en février pour ou contre leur arrivée en Suisse? Est-il besoin de créer des affiches choquantes pour sauvegarder notre économie? Tout ce tinfoin fait le jeu des Européens qui tiennent avec délectation le couteau par le manche pour nous faire avancer dans l'Union malgré nos réticences. D'où viennent ces Roms, tziganes et autres mendiants? Comment entrent-ils en Suisse, avec quel passeport? Il ne faut pas s'étonner de l'augmentation rapide des agressions, vols et autres saloperies commises à Genève. Qu'attendent nos autorités pour mieux contrôler nos frontières?

Mary Meissner, Noël 2008

## Le Nigeria roublard et voleur

Nous avons parlé il y a quelques mois du vol dans nos boîtes aux lettres perpétrés par des Nigeriens qui cherchaient des chèques ou de l'argent, et de quelques autres exploits perpétrés par des voyous de ce pays y compris des dealers. Ce que nous ne comprenons pas, c'est la constance avec laquelle nos autorités continuent à verser des subventions dans le cadre de l'aide au développement à ce pays qui, de surcroît pompe du pétrole sans faire profiter ses citoyens de cette manne.

Nous apprenons maintenant, qu'il protège des usines à bébés où crouissent jusqu'à 20 ou 30 jeunes filles entre 15 et 18 ans, enceintes de force et que leur bébé enlevé à la naissance, sont vendus d'abord aux couples stériles du pays entre 3000 et 4500 francs, alors que les gamines n'encaissent que 200 francs. On dit que la police a démantelé ce trafic, mais j'en doute fort, puisqu'ils sont tous dans le même panier et payés comme des ripoux. L'alerte ayant été donnée par une fillette de 15 ans qui avait réussi à



s'échapper, il y eu un semblant de mesures, mais depuis combien de temps dure ce manège immonde, pire que l'excision si ce n'est en complément de l'excision... Que fait l'ONU, l'UNICEF, et nos ONG humanitaires bêlantes? D'ailleurs vu la mentalité de certains Africains cramponnés à leurs us et coutumes, on peut inclure dans ces honteuses pratiques d'autres nations africaines?

Octopus

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Redaktion**

Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**

Bernhard Hess, e. Nationalrat,  
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, Präsident  
SD Basel-Land, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,  
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. Dragan J. Najman, Baden

Markus Borner, e. Grossrat, Basel  
Friedrich Auf der Maur, Volketswil

## Referendum gegen die EU-Personenfreizügigkeit: Aufruf zum Grosseinsatz!

Gemäss einer noch unveröffentlichten Umfrage von Economie-suisse wollen 50 Prozent der Befragten am 8. Februar ein Nein in die Urne legen zur Weiterführung und Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf Rumänien und Bulgarien. Nur 40 Prozent stimmen tendenziell eher Ja, während 10 Prozent noch unentschieden sind. Grund für die Ablehnung sehen Experten in der drohenden Rezession und dem damit verbundenen möglichen Arbeitsplatzverlust sowie dem grossen Unmut über die «Wirtschaftselite». Alle Patriotinnen und Patrioten sind deshalb aufgerufen, einen persönlichen Grosseinsatz zu leisten, damit die

für unsere Heimat schädliche EU-Personenfreizügigkeit auch wirklich an der Urne abgelehnt wird. Einmal mehr müssen wir deshalb auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Ihre Einzahlung wird einzig für unseren dringend notwendigen Referendumskampf gegen die EU-Personenfreizügigkeit verwendet!

**SD-Abonnement 2009**

Dieser Ausgabe liegt die Abonnementsrechnung für das Jahr 2009 bei. Der Preis für das Jahresabonnement beträgt weiterhin mindestens 45 Franken (und nicht Euros!). Bitte vermerken Sie Ihre Abonnementseinzahlung mit dem

Hinweis «Abo09». Weiter bitten wir Sie, unsere Zeitung in ihrem Bekanntenkreis weiterzugeben, verbunden mit der Aufforderung, den «Schweizer Demokrat» ebenfalls zu abonnieren. Auch können Sie jederzeit weitere Exemplare unserer Zeitung mit untenstehendem Bestelltalon kostenlos zum Verteilen beziehen. Zögern Sie nicht, noch heute weitere Zeitungsexemplare beim SD-Zentralsekretariat in Bern zu bestellen. Für Ihre materielle und ideelle Unterstützung danken wir ganz herzlich und wünschen Ihnen einen guten Start ins neue Jahr.

Ihre Parteileitung der  
Schweizer Demokraten (SD)

**Wirtschaftskrise:**

### Die EU zeigt ihr wahres Gesicht!

Die Krise hat eines gezeigt: In der EU sind die Mitgliedstaaten auf sich gestellt – weil diese der EU nicht vertrauen können.

So hat Deutschland seinen Sparern eine Garantie von insgesamt über 500 Milliarden zugesprochen. Diese Staatsgarantie war weder mit den Euro-Ländern noch mit der EU abgesprochen und wurde just während des EU-Krisengipfels in Paris bewilligt.

Der EU-Ratsvorsitzende, Präsident Nicolas Sarkozy, versuchte umsonst die Einheit der EU in der Krise zu propagieren. Die Mitgliedstaaten trauen den EU-Bürokraten nur in guten Zeiten. In schlechten Zeiten mag man Brüssel wohl nirgends trauen.

Quelle: TEAM

### 54% der Briten wollen aus der EU austreten!

Die EU-kritische Bewegung «Democratic Movement» verzeichnet im Luton EU-Referendum einen Grosserfolg. Gemäss dieser Befragung steht eine Mehrheit der Briten der EU ablehnend gegenüber. 63 Prozent der Abstimmenden lehnen zudem den Lissabon-Vertrag ab.

Dieses Ergebnis widerspiegelt eine grosse Unzufriedenheit der Briten gegenüber Brüssel.

Quelle: TEAM

**Wegen Finanzkrise:**

### England schränkt Personenfreizügigkeit ein

Grossbritannien will wegen der Konjunkturschwäche die Einwanderung einschränken. «Es war in der Vergangenheit zu einfach, ins Land zu kommen, es wird schwieriger werden», sagte Immigrationsminister Phil Woolas.

Mit Blick auf die steigende Arbeitslosigkeit forderte er die Arbeitgeber auf, Briten bevorzugt einzustellen. Ansonsten liefen sie Gefahr, Rassismus zu schüren.

«Wenn die Menschen ihre Arbeit verlieren, wird die Frage der Einwanderung extrem schwierig», sagte Woolas.

Die Labour-Regierung hat seit 1997 Einwanderung gefördert. Zuletzt führte sie aber ein Punktesystem ein, das Bewerber nach ihrem Nutzen für die Wirtschaft bewertet und gut ausgebildete Einwanderer bevorzugen soll.

Quelle: eu-kritik.ch



**Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**

**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!  
 Nur Zeitungsabonnement  
 Nur Adressänderung

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

### Flugblatt «Arbeit verlieren?»

**Nein zur EU-Personenfreizügigkeit**

Im Hinblick auf die Abstimmung vom 8. Februar 2009 wurde eine Grossauflage unseres farbigen A4-Informationsflugblattes gegen die Weiterführung und Ausdehnung der EU-Personenfreizügigkeit in die Wege geleitet. Sie haben die Möglichkeit, diese Flugblätter **selber zu verteilen** oder eine Verteilung durch die Post **mitzufinanzieren**. Die Kosten betragen Fr. 130.– pro 1000 verteilte Exemplare. Postkonto: 80-2270-0 / Zentralkasse Killwangen. Bitte benutzen Sie dafür ebenfalls den beiliegenden Einzahlungsschein.

Ich bestelle: \_\_\_\_\_ (Anzahl) Flugblätter «Arbeit verlieren?»

Ich bestelle: \_\_\_\_\_ (Anzahl) Ausgaben Zeitung «Schweizer Demokrat»

Ich übernehme die Kosten von Fr. \_\_\_\_\_ (Betrag einsetzen) für die Verteilung. Raum/Gemeinde: \_\_\_\_\_

**Sie können auch einfach einen Betrag spenden.** Die SD entscheiden dann über die Verteilung.

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern, Fax 031 974 20 11, E-Post: schweizer-demokraten@bluewin.ch